

Aus dem Inhalt:

Ein Hitlerjahr in Zahlen  
Arbeiter, ich schwöre dir ...  
Der Haß gegen den Geist  
Wachsende Gegenkräfte

# Ein schwereres Jahr

## Krisen des Friedens und des Rechts — Festigung der Demokratie

Ein stürmisch bewegtes Jahr ist vorüber, ein Jahr voll größter Machtveränderungen und Machtschwankungen, voll drohender Gefahren, voll herzbeklemmender Enttäuschungen und Hoffnungen. In diesem Jahre hat es eine Zeit gegeben, in der die europäische Demokratie einen Tiefpunkt ihrer Schwäche gegenüber dem machtgerigen Nationalismus der faschistischen Diktaturländer, gegen den Unterdrückungs- und Versklavungswillen der europäischen Gegenrevolution erreicht zu haben schien. Der Fall Abessinien, die Lähmung des Völkerbunds von außen und innen her, die Zerreißung des Locarno-Vertrages, der faschistische Angriff auf Spanien, die Nichtinterventionspolitik, das politische Hand-in-Handspiel von Italien und Deutschland und ihr gemeinsames militärisches Vorgehen in Spanien waren ebenso viele Krisen des Friedens und des internationalen Rechts. Der machtgerige Nationalismus hat die demokratische Idee des friedlichen Nebeneinanders der Völker und des internationalen Rechtsprinzips Schritt für Schritt zurückgedrängt. Er hat das Gesetz des Handelns an sich gerissen.

Aber eben an dem Punkte, wo er von der Zerstörung des Rechts zu offen machtpolitischen Gewinnen vorwärtsschreiten wollte, ist er auf eine Schranke gestoßen. Von Spanien, wo der internationale Faschismus eine Durchbruchschlacht gewinnen wollte, geht eine Renaissance des Freiheitswillens, eine Wiedererhebung der europäischen Demokratie aus ihrer tiefsten Schwäche aus. Die Nichtinterventionspolitik Englands und Frankreichs, die in ihren Anfängen eine Preisgabe des Rechts und der Sache der Demokratie war, beginnt nach dem Abwehrliegen der spanischen Regierung vor Madrid ihre Funktion zu wandeln. Eine Ermannung der demokratischen Mächte, eine Tendenz, vor den steten Kriegsdrohungen der faschistischen Mächte nicht mehr zurückzuweichen, wird am Ende des Jahres sichtbar.

Diese stürmische politische Bewegung hat ihre Rückwirkungen auf Deutschland gehabt. Die Hoffnungen und die Stärke der deutschen Demokratie haben in diesem Jahre gleichermaßen geschwankt. Es gibt eine große ununterdrückbare demokratische Meinungsströmung in Deutschland, deren Kern die Volksmassen bilden, die unter dem geistigen Einfluß der Sozialdemokratie gestanden haben. Keine geistige Blockade, keine Absperrung von der Wahrheit, kein Terror vermag diese Meinungsströmung zu vernichten. Eine stetig wachsende Zahl von Beweisen für Gesinnungstreue, Opferwilligkeit und Solidarität im Kern dieser Bewegung, von geistiger Ausstrahlung weit über diesen Kern hinaus bei besonderen Anlässen bezeugt das Vorhandensein und die Wirksamkeit der geistigen Strömung der deutschen Demokratie. Wie könnte es anders sein, wenn täglich die Tatsachen des täglichen Lebens laut von dem sprechen, was die Propaganda der Diktatur hinwegzuleugnen oder zu verschweigen sucht! Immer stärker wird in den Volksmassen das Gefühl dafür, was die Diktatur bedeutet. Die Dauer der Diktatur wirkt anders als eine vorübergehende Unterdrückung. Sie weckt nicht ein kurzes Aufflammen von Empörung, aber sie weckt wachsende gefestigte Erkenntnis des Wesens der Diktatur und damit Festigung und Ausbreitung des Willens zur Freiheit und Demokratie. Wo bleibt die Wirkung der falschen Friedensbeteuerung der Dik-

tatur, wenn die Wehrpflichtigen vor Weihnachten ihre Kriegsbeorderung für den Fall der Mobilmachung erhalten, wenn Frauen ihre Mobilmachungsbeorderung zu dem Hilfsdienst für den ersten Mobilmachungstag schon heute ins Haus geschickt erhalten! Wie will die Diktatur dem Volke

noch glauben machen, daß pünktlich am 30. Januar 1937, dem Ablauf der berühmten vier Jahre, die Hitler verlangt hat, programmäßig die herrlichen Zeiten beginnen, die er bei seinem Machtantritt versprochen hat? Bei Fleisch- und Fettkarten, bei immer wachsender Schwierigkeit der

Versorgung mit Brot und Getreide, bei immer weiter absinkenden Löhnen, macht sich das Volk selbst ein Bild davon, wie die herrlichen Zeiten aussehen, denen es entgegengeführt worden ist.

Das Gefühl dafür, daß die wahnwitzige Kriegsrüstung der Diktatur an den letzten

# Die Systemjustiz wütet

## Die illegale Sozialdemokratie bleibt ungebrochen

Am 11. Dezember fand der sogenannte »Brotfabrikprozeß« mit der Urteilsverkündung gegen die Hauptangeklagten sein Ende. Der Prozeß war in mehreren Abteilungen durchgeführt worden, und in jedem Fall wurde den angeklagten Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern die illegale Fortführung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Vorbereitung zum Hochverrat zur Last gelegt. Man verfolgte in diesem Prozeß wiederum die in der letzten Zeit üblich gewordene Praxis, in den einzelnen Teilprozessen Mitangeklagte als Zeugen zu nehmen und die Aussagen der Verhafteten und Angeklagten gegeneinander auszuspielen. Diese Methode hat auch im Brotfabrikprozeß dank der tapferen Haltung aller Angeklagten keinen Erfolg gehabt. Trotzdem wurden in fast allen Fällen sehr schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt.

Nun hat auch der Prozeß gegen die 18 Hauptangeklagten stattgefunden. Er wurde vor dem Volksgerichtshof durchgeführt, der fast zwei Wochen in Düsseldorf hinter verschlossenen Türen verhandelte. Die Urteile sind außerordentlich hart.

Der Hauptangeklagte, der ehemalige Parteisekretär Genosse Hermann Runge-Mörs, wurde zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Genosse Ludwig Lude-Stolberg, früher Gewerkschaftsangelegter, erhielt eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren. Genosse Lude ist schwer lungenkrank. Weiter wurden verurteilt: Genosse Adam Rompy-München-Gladbach, Textilarbeiter, zu 5 Jahren Zuchthaus; Genosse Wilhelm Alex-München-Gladbach, früher Angestellter des Textilarbeiterverbandes, zu 3 Jahren Zuchthaus; Genosse Eduard Dietz, Eisenbahnarbeiter, zu 3 Jahren Zuchthaus; Genosse Josef Offermann-München-Gladbach, Textilarbeiter, zu 5 Jahren Zuchthaus; Genosse Ernst Gnoß-Essen, früher Parteisekretär, zu 4 Jahren Zuchthaus, und Genosse Dr. Schiefer zu 2½ Jahren Zuchthaus.

Gegen diese acht Angeklagten wurden also nicht weniger als 40 Jahre Zuchthaus verhängt. Weitere acht Angeklagte erhielten ebenfalls mehrjährige Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen wegen Vorbereitung zum Hochverrat oder wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats. Lediglich zwei Angeklagte wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Alle Angeklagten haben eine anderthalbjährige Untersuchungshaft und schwere Mißhandlungen in der ersten Zeit ihrer Haft hinter sich.

Die Verhandlung wurde völlig geheim durchgeführt, selbst die Urteilsverkündung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Trotzdem ist bekannt geworden, daß

sich alle angeklagten Genossen außerordentlich tapfer gehalten haben. Selbst der Staatsanwalt, der die schwersten Strafen beantragte, mußte die heldenhafte Haltung der Angeklagten und ihre völlige Unbescholtenheit anerkennen.

### 38 Jahre Zuchthaus

Jetzt erst wird auch ein anderes Schreckensurteil gegen Sozialdemokraten bekannt, das in Hamm am 17. Oktober verkündet wurde. Auch hier handelt es sich um einen Prozeß gegen Sozialdemokraten, denen illegale Tätigkeit für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vorgeworfen wurde. Der Prozeß fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Selbst die Familienangehörigen erhielten erst Wochen nach der Verkündung des Urteils Nachricht über die in diesem Prozeß verhängten Strafen. Nach den uns bis jetzt vorliegenden Mitteilungen wurden in diesem Prozeß folgende Sozialdemokraten verurteilt:

Fritz Künkel-Gronau zu 3 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus; Joseph Wallbraun-Herne zu 5 Jahren Zuchthaus; Dymel-Herne zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus; Wollmeier-Herne zu 3 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus; Paul Völkel-Herne zu 3 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus; Kaiser-Recklinghausen zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus; Winter-Herne zu 3 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus; Brauner-Herne zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus; Kürbitz-Herne zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus; Buchröder-Recklinghausen zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus; Frau Thyrock-Gladbeck zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus.

Insgesamt erhielten die hier namentlich aufgeführten Parteigenossen eine Zuchthausstrafe von 38 Jahren und 6 Monaten. Damit ist aber die Liste der Verhafteten noch nicht erschöpft. Es fehlen uns noch einige Namen von weiteren Mitangeklagten, die infolge der hermetischen Abschließung aller dieser Prozesse gegenüber der Öffentlichkeit erst im Laufe der Zeit veröffentlicht werden können.

### Noch ein Schreckensurteil

Ein dritter Prozeß gegen westdeutsche Sozialdemokraten wurde ebenfalls vom Oberlandesgericht Hamm in der Zeit vom 12. bis 15. November durchgeführt. Auch dieses Verfahren endete mit harten Zuchthaus- und Gefängnisurteilen. So wurden verurteilt die Genossen:

Arno Schroepfer zu 6½ Jahren Zuchthaus; Alfred Jörke zu 6½ Jahren Zuchthaus; August Clou zu 4½ Jahren Zuchthaus; Heinrich Ruhrpleper zu 3½ Jahren Zuchthaus; Bernhard Broeckelwirth zu 2 Jahren Ge-

fängnis; Zimmermann zu 1½ Jahren Gefängnis; Frau Goelsch zu 1½ Jahren Gefängnis.

Es handelt sich bei diesen Verurteilten um Mitglieder der Belegschaft der Bochumer Konsumbäckerei »Wohlfahrt«. Sie wurden im Frühjahr dieses Jahres verhaftet, und ihre Verurteilung erfolgte ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Bei dem Angeklagten August Clou, der zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, handelt es sich um einen mehr als 60 Jahre alten Parteigenossen.

So erschütternd die harten Strafen für jeden einzelnen unserer Genossen sind, die in diesen Prozessen der Schreckensjustiz des Dritten Reichs zum Opfer fielen, so sind sie auf der anderen Seite doch ein überzeugender Beweis von der Gesinnungstreue der Sozialdemokraten, die auch nach fast vierjähriger Diktaturherrschaft nicht müde geworden sind, unter den größten Gefahren den Kampf für Freiheit und Recht in Deutschland zu führen. Die Tatsache, daß alle diese Prozesse unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt werden, daß die deutsche Presse Berichte über diese Prozesse nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Propagandaministeriums veröffentlichen darf und daß, selbst wenn Veröffentlichungen erfolgen, keine Namen und keine Angaben über die in den einzelnen Prozessen verhängten Gesamtstrafen gemacht werden dürfen, beweist deutlich, wie groß die Furcht der angeblich allmächtigen Diktatur vor dem heldenhaften Kampf der illegalen sozialdemokratischen Bewegung ist.

Man ist sich darüber klar, daß eine detaillierte Veröffentlichung aller dieser Terrorprozesse ohne abschreckende Wirkung auf die immer unruhiger werdende Stimmung der Bevölkerung bleibt. Im Gegenteil, wenn das deutsche Volk auch aus nur unscheinbaren Notizen der gleichgeschalteten Presse erfahren würde, eine wie große Zahl von Männern und Frauen das schwere Los der Mißhandlungen durch die Gestapo und der qualvollen jahrelangen Haft in den Zuchthäusern des Dritten Reichs auf sich nehmen, wenn sie die Namen der früheren Vertrauensleute der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Organisationen in der Liste der verurteilten »Staatsfeinde« lesen würden, wenn sie fast täglich schwarz auf weiß sehen könnten, mit welchem Heldenmut Männer und Frauen aus dem Volke für ihre Gesinnung einstehen, dann würde sich in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung die Gewißheit verstärken, daß der Protzenbau des Dritten Reichs auf Sand errichtet wurde und daß auch in Deutschland der Kampf zwischen brutaler Gewalt auf der einen und den Ideen der Freiheit und des Rechts auf der anderen Seite mit dem Sieg der Freiheitsidee enden wird.

# Hakenkreuz über Danzig

## Dunkle Ankündigungen und immer stärkerer Terror

Reserven der deutschen Volkswirtschaft zehrt, daß sie alles auf die Karte eines gewissenlosen Machtexperiments gesetzt hat, wird in den Volksmassen immer lebendiger. Was die eindringende Wirtschaftskritik von außen erkennen läßt, ahnt die Masse des Volkes aus dem täglichen Leben: daß die großen Linien der Politik der Diktatur in eine ausweglose Situation hineinführen, an deren Ende die Gefahr eines verzweifelten Gewaltstreiches der bankrotten Diktatoren stehen kann. Zwei Stimmungen werden darum immer allgemeiner in Deutschland. Die eine ist das Gefühl: das geht nicht gut! Die andere ist die Sorge und die Furcht, daß die Diktatur den Krieg entfesseln könnte. Beiden gemeinsam aber ist die Ueberzeugung, daß die Dinge so oder so einer Entscheidung entgegengetrieben.

Die Diktatur hat im Laufe des Jahres 1936 diese Stimmungen noch durch den nationalistischen Rausch überhöhen können. Die Zeiten des Anfangsrausches des Nationalismus aus dem Jahre 1933, die Tage des Taumels, der Siegesfeier ohne Sieg, sind allerdings in Deutschland längst vorüber. Die Propagandakunststücke sind abgenützt. Die nationalsozialistische Partei ist längst nicht mehr die zusammenhaltende Kraft des Systems — wenn sie es überhaupt jemals gewesen ist. Die innere Kraft des Systems schwankt heute mit den Bewegungen der europäischen Politik. Wo wie in Deutschland die Volksmassen von eigenem politischen Urteil künstlich ferngehalten werden sollen, wo weder in Parlament noch in Presse die Zusammenhänge kritisch aufgeheilt werden können, sind es nicht die langsamen und schwer durchschaubaren Schritte diplomatischer Verhandlungen, die meinungsbildend wirken, sondern weithin sichtbare Ereignisse, in denen der Gegensatz der Weltanschauungen zum Ausdruck kommt. So war es in jener Zeit, als der Völkerbund Abessinien noch nicht preisgegeben hatte. Die Empörung der europäischen Demokratie über den Friedensbrecher Mussolini, der Sanktionsbeschluß des Völkerbundes, die Hinwegfegung des Hoare-Lavalplanes waren von starker Wirkung auf die im Verborgenen lebenden demokratischen Kräfte in Deutschland. Weite Volkskreise in Deutschland haben damals erfaßt, daß hier das auf der Grundlage der Demokratie ruhende internationale Recht gegen den Rechtsbruch stand — und sie haben ihre Schlußfolgerungen für Deutschland daraus gezogen. Damals bereits ist es sichtbar geworden, daß in einem Lande, das so despotisch regiert wird wie Deutschland, die Demokratie als geistige Strömung unter der Decke lebendig ist — weit über den Umfang hinaus, den illegale Organisationen jemals erreichen können — und daß sie geweckt und neubelebt werden kann durch eine entschiedene demokratische Politik außerhalb Deutschlands. Aber dieser Fall hat auch gelehrt, welche tiefe Enttäuschung die Preisgabe des Rechts, die Kapitulation der demokratischen Rechtsidee vor der Macht hervorruft.

Jeder Rückzug der demokratischen Mächte, jede Hinnahme eines Rechtsbruches stärkt die geistige Macht der Diktatur, fördert die nationalistische Machtideologie, schwächt die Grundidee, auf der sich die innere Opposition in allerbreitester Front sammeln könnte, die Idee, daß das Recht die Völkerbeziehungen regeln müsse, und daß also die Unterstellung des ganzen Volkes unter den Machtzweck nicht eine sittliche Tat der Diktatur, sondern ein nationales und internationales Verbrechen darstellt. Die Schwäche der europäischen Demokratie im Laufe des Jahres 1936 hat der deutschen Diktatur nach innen hin Prestige gegeben — und kein Regierungssystem ist so empfänglich und so empfindlich gegenüber dem Wandel des Prestiges wie die Diktatur. Solcher Prestigegewinn hemmt das Wachstum der inneren Opposition, er erschwert es der inneren demokratischen Opposition, ihr Bewußtsein von den Schlacken des Nationalismus zu befreien, er gibt dem System Gelegenheit zu plebiszitären Kunststücken, die es stärker erscheinen lassen als es ist.

Darum sind die spanischen Ereignisse für Deutschland von großer Bedeutung. Von einem Endsieg der spanischen Demokratie über die Kräfte des internationalen Faschismus würde eine gewaltige Wirkung ausstrahlen, die Kraft

Während die Danzig-polnischen Verhandlungen über das Verhältnis der Freien Stadt Danzig zum Völkerbund und die Regelung des Danziger Verfassungskonflikts in der Vorwoche — vermutlich auf kurze Zeit — unterbrochen wurden, hat der polnische Außenminister Beck am Freitag, dem 18. Dezember, dem auswärtigen Ausschuss des polnischen Sejm ein Exposé über die polnische Außenpolitik abgegeben, in dem er auch die Danziger Frage berührte. Der polnische Außenminister hat in diesem Zusammenhang betont, daß es sich — entgegen anderslautenden, nationalsozialistischen Darstellungen — bei den Danzig-polnischen Verhandlungen nicht allein um die Frage des Verhältnisses Danzigs zum Völkerbund, sondern auch um die Regelung spezieller Danzig-polnischer Fragen handle. Er hat diese sogar in den Vordergrund seiner Betrachtungen gerückt, indem er erklärte:

»Bei der Behandlung der Danziger Angelegenheit muß ich betonen, daß es hier um unsere lebenswichtigen Interessen geht. Was die Sicherung der Respektierung dieser durch den Danziger Senat klar und entschieden festgestellten Interessen betrifft, so ist unser Standpunkt einfach und unabänderlich: in dieser Sache kann nichts geändert werden. Wenn wir unsere Rechte entschieden verteidigen, so wissen wir zugleich die Rechte der Freien Stadt zu achten.

Zu dem Danziger Verfassungskonflikt übergehend, erklärte Beck sodann: »Was den Konflikt Danzigs mit dem Völkerbund betrifft, so haben wir auf Wunsch des Völkerbundes die Aufgabe übernommen, den anlässlich des Besuchs eines deutschen Kreuzers in Danzig ausgebrochenen Zwischenfall beizulegen, und haben eine vom Völkerbundrat angenommene Aufklärung erreicht. Gegenwärtig führen wir mit Danzig günstig verlaufende Verhandlungen über die Wahrung unserer Rechte und Interessen im Zusammenhang mit den neuen Bestimmungen des Senats und zwecks Beilegung der Schwierigkeiten, die zwischen dem Vertreter des Völkerbundes und dem Senat entstanden sind. Die Danziger Fragen verursachen manche Verlegenheit und haben dies seit Jahrhunderten getan, doch bin ich überzeugt, daß die gegenseitigen Interessen es uns ermöglichen werden, auf unserem großen Handelsweg vernünftige Formen des Zusammenlebens zu finden.«

Außenminister Beck schloß mit der Bemerkung, daß die polnische Außenpolitik sich nicht zersplittern dürfe und sich auf solche Angelegenheiten beschränken müsse, die die realen Möglichkeiten Polens nicht überschritten. Allerdings könne auch nicht eine Flucht vor der Verantwortung für das von Polen übernommene Erbe in Frage.

Wie das gesamte Exposé des polnischen Außenministers, so enthalten auch diese Redewendungen, die die Danziger Frage betreffen, wenig Neues und lassen über die Haltung Polens in der Frage des Danziger Verfassungskonfliktes kaum weitergehende Schlüsse zu. Allerdings hat Beck von einem »günstigen Verlaufe« der augenblicklich stattfindenden Verhandlungen gesprochen, jedoch wird man die Richtigkeit dieses Urteils erst durch die in den Verhandlungen erzielten Ergebnisse bestätigt sehen müssen. Die polnische Öffentlichkeit verfolgt den Ablauf der Verhandlungen nach wie vor außerordentlich stark interessiert, zumal sie immer wieder durch aufsehenerregende und beunruhigende Meldungen auf den Gefahrenpunkt in Danzig aufmerksam gemacht wird. Entscheidende Bedeutung mißt man den Verhandlungen selbstverständlich in Danzig bei, wo die Bevölkerung täglich den unerhörten Druck und Terror der Nationalsozialisten zu spüren hat, und wo auch die polnische Minderheit sich darüber klar ist, daß mit der völligen Gleichschaltung Danzigs für sie eine ähnliche Leidenszeit heraufziehen würde, wie sie heute schon die nichtnationalsozialistische Mehrheit der deutschen Danziger Bevölkerung durchzumachen hat. Besonders beunruhigt ist man in Danzig durch gewisse

und Zuversicht der innerdeutschen demokratischen Opposition vervielfachen würde. Er würde dem deutschen militaristischen Nationalismus sein durch Rüstung und Rheinlandbesetzung gewonnenes Prestige nach innen entreißen. Wenn die deutsche Diktatur keine nationalistischen Erfolge oder Scheinerfolge nach außen mehr vorweisen kann, wenn sie auf Grenzen der brutalen Gewalt und der Erpressung stößt, so muß sie ohne Ablenkungsmöglichkeit die volle Wucht der innerdeutschen Problematik aushalten. Dann erheben sich hinter den neuesten wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen riesengroß die Fragen: wozu? und was dann? Wenn die europäische Demokratie begreift, daß es nicht ihre Aufgabe ist, einer Diktatur helfend

Gerichte, die davon sprechen, daß in Danzig die Absicht bestehe, die Verhandlungen zu verschleppen und über die Januarsetzung des Völkerbundes hinauszuziehen.

Im Zusammenhang mit verschiedenen Erklärungen von offizieller polnischer Seite gewinnt ein Vorgang, der sich in Danzig kürzlich abgespielt hat, besonderes Interesse. Dieser Tage verbreitete die amtliche Polnische Telegrafagentur, daß es den polnischen Verhandlungsführern gelungen sei, den Senat der Freien Stadt Danzig zu veranlassen, in Zukunft eine völlig unparteiische Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter in Danzig stattfinden zu lassen. Insbesondere habe sich der Senat verpflichtet, bei den Arbeitssuchenden keine Rückfragen nach ihrer nationalen oder Parteizugehörigkeit durchzuführen.

Kürzlich hatte sich nun der als Sozialdemokrat bekannte Arbeiter Luck, Vater von neun Kindern, eine Arbeitsstelle als Arbeiter bei der Firma Dyckerhoff & Widmann verschafft. Es handelte sich um eine Beschäftigung bei Fundierungsarbeiten für den Bau eines Speichers in Danzig-Neufahrwasser, dessen Auftraggeber der in gemeinsamer polnisch-danziger Verwaltung befindliche Danziger Hafenausschuß ist. Das Danziger Arbeitsamt hatte zunächst seine Einwilligung zum Antritt der Arbeitsstelle durch Luck gegeben. Zwei Tage darauf, am 7. Dezember, wurde Luck die Arbeitsbewilligung jedoch entzogen und zwar, wie ausdrücklich erklärt wurde, auf Veranlassung der nationalsozialistischen Arbeitsfront mit der Begründung, daß neue Arbeitsstellen nur von Mitgliedern der SA, SS oder sonstiger nationalsozialistischer Organisationen angetreten werden dürften.

Bei Luck handelt es sich im übrigen um einen im Jahre 1933 vom Danziger Städtischen Betriebsamt aus politischen Gründen entlassenen Arbeiter, der seinerzeit wegen dieser Entlassung beim Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig eine Petition eingereicht hatte. Der Völkerbundrat entschied im Januar 1935, daß Luck Gerechtigkeit zu widerfahren habe, da seine Entlassung einen Verstoß gegen die Danziger Verfassung bedeutet habe. Trotz diesem Beschluß hat der Danziger Senat Luck nicht wieder in seine alten Rechte eingesetzt! Der Fall Luck hat seinerzeit, als ein Charakteristikum für die Verhältnisse in Danzig, die gesamte internationale Öffentlichkeit beschäftigt.

Großes Aufsehen hat in Danzig die Nachricht hervorgerufen, daß sämtliche Danziger Kreisleiter der NSDAP unter Führung des Gauleiters Forster am Freitag, dem 18. Dezember, in Berlin je eine Konferenz mit dem Reichskanzler Hitler und dem Reichspropagandaminister Dr. Göbbels gehabt haben. Ueber den Inhalt der Besprechungen ist bisher nichts bekannt geworden.

Der Terror gegen die nichtnationalsozialistische Danziger Bevölkerung schreitet im übrigen auch während der Danzig-polnischen Verhandlungen weiter fort.

Am Mittwoch, dem 16. Dezember, wurden in Danzig der Amtsrichter Kleiinger ferner der Regierungsrat Blach und die Gerichtsassessoren Froese und Dr. Walter von der politischen Polizei verhaftet. Bei den Verhafteten handelt es sich sämtlich um Mitglieder der Zentrumspartei. Den Anlaß zur Verhaftung bot ein Vortrag, den Kleiinger in einem Privatitzing über das Thema »Demokratie« gehalten hat. Die übrigen Verhafteten nahmen an dem Vortrag als

beizuspringen, die sehenden Augen in die Krise gesteuert ist, weil sie bössartige Pläne verfolgt hat, dann wird sie der deutschen Demokratie einen großen Dienst erweisen.

Die Bewegung der innerdeutschen Demokratie vollzieht sich unter den schwersten Bedingungen. Es sollte eine der wichtigsten Lehren des Jahres 1936 sein, daß die deutsche Demokratie nicht aus eigener Kraft Europa vom Hitlerismus befreien kann, wenn die Schwäche der europäischen Demokratie gegenüber seinen Rechtsbrüchen ihr stärkt, und daß die wahre Befriedung Europas und die Wiederherstellung des internationalen Rechts nicht mit der deutschen Diktatur, sondern nur mit einem demokratischen Deutschland möglich ist.

Zuhörer teil. Sämtliche Verhafteten befinden sich im Danziger Polizeigefängnis.

Am Donnerstag, dem 17. Dezember, hat die politische Polizei den evangelischen Geistlichen Heck, der als einer der Wortführer der Bekenntniskirche in Danzig bekannt ist, in Haft genommen. Eine Woche vorher wurde bereits ein anderer Bekenntnispfarrer, Walter, verhaftet. Die Ursache der Verhaftungen ist unbekannt.

Am Mittwoch, dem 16. Dezember, wurde der als Sozialdemokrat bekannte Arbeiter Radtke gemeinsam mit seiner Frau zu einer Vernehmung auf das Kriminalbezirksbüro Danzig-Langfuhr bestellt. Als Grund wurde angegeben, daß Frau Radtke eine abfällige Äußerung über das nationalsozialistische Winterhilfswerk gemacht habe. Radtke wurde während seiner Vernehmung von fünf in Zivilkleidung befindlichen Personen mit Stöcken und Stühlen aufs schwerste mißhandelt. Seine Frau versuchte sich dazwischen zu werfen, wurde aber mit Gewalt aus dem Zimmer entfernt, während auf den am Boden liegenden blutüberströmten Radtke weiter eingeschlagen wurde. Schließlich erschien ein Ueberfallwagen, der R. nach dem Polizeipräsidium brachte. Während der Mißhandlungen hatte sich auf der Straße vor dem Kriminalbüro eine Menschenmenge angesammelt, die durch die Schreie des Mißhandelten herbeigelockt war und in empörte Rufe ausbrach.

In den Danziger Landgebieten unternimmt die NSDAP augenblicklich einen großen Werbefeldzug, um die Bevölkerung unter Drohungen zu veranlassen, sich als Mitglieder der NSDAP und anderen nationalsozialistischen Organisationen einzutragen. Alle diese Versuche scheitern jedoch an der trotz dem Terror bewundernswert standhaften Haltung der Danziger Landerbeiterschaft.

Die Danziger Behörden haben an die »gleichgeschalteten« städtischen und staatlichen Angestellten in Danzig, Zoppot, Pienhof und Neuteich folgendes Rundschreiben ergehen lassen: »Wie uns von der Präsidialabteilung des Senats mitgeteilt wird, sind Sie mit den Beiträgen zur Danziger Arbeitsfront im Rückstand. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie sonst Nachteile zu erwarten haben, wenn Sie Ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.« Die Schreiben tragen die Unterschrift des jeweiligen Dienststellenleiters.

Im nationalsozialistischen »Schulungslager« in Jenkau, Kreis Danziger Höhe, das auch von zahlreichen reichsdeutschen Mitgliedern der NSDAP besucht wird, wird in letzter Zeit von den Vortragenden insbesondere die Außenpolitik behandelt.

Der Staatskommissar und Oberbürgermeister von Berlin, Lippert, der kürzlich in Jenkau als Vortragender weilte, erklärte hier, in Uebereinstimmung mit anderen Rednern, u. a.: Jedem Danziger und auch jedem Deutschen müsse elagehämert werden, daß Deutschland im Osten Land brauche, und daß es sich dieses Land nehmen müsse. Polen werde eben weiter nach Osten rücken müssen und könne sich an russischen Gebieten schadlos halten. Der Gedanke von neuen Landerwerbungen durch das Reich, so betonte Lippert, müsse in nächster Zeit immer stärker propagiert werden.

Die Gauleitung der NSDAP in Danzig bereitet augenblicklich eine große Aktion zur Verdeutschung polnischer Familiennamen, die in Danzig bekanntlich sehr häufig vorkommen, vor. In Rundschreiben an die Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen werden Erleichterungen der Formalitäten bei einer Namensänderung in Aussicht gestellt. Interessenten wurde der Rat erteilt, sich hierüber an die Gauleitung zu wenden.

### Kriegsbereitschaft

Jeder Eigentümer von Kraftfahrzeugen ist verpflichtet, der Zulassungsstelle u. a. Anzeige über folgende Veränderungen zu erstatten: 1. Wohnungswechsel, auch wenn der Wechsel innerhalb des gleichen Zulassungsbereiches erfolgt; 2. Außerbetriebsetzung des Kraftfahrzeuges, auch wenn sie nur für kurze Zeit erfolgt; 3. Verkauf des Kraftfahrzeuges; 4. technische Änderungen am Kraftfahrzeug (Änderungen des Aufbaues, Auswechslung des Motors, Anschaffung eines Beiwagens zu einem Kraftrad).

Die Zulassungsstellen sind durch das Reichsverkehrsministerium angewiesen, bei Nachlässigkeit der Meldepflicht mit strengen Strafen vorzugehen.

(Deutsche Zeitungsmeldung.)

## Zur Ausbürgerung von Frauen und Kindern

Eine nationalsozialistische »Begründung«

Ein ausgebürgerter deutscher Flüchtling wurde in einer akademischen Gesellschaft in England über die Ausbürgerung von Frauen und Kindern durch die Hitlerdiktatur befragt. Er gab wahrheitsgemäß Auskunft. Ein englisches Mitglied der »Anglo-German-Fellowship« bezweifelte die Richtigkeit der Angaben und stützte sich dabei auf die »Frankfurter Zeitung«, die zwar ausführlich über die Ausbürgerung der Politiker berichtete, aber die Achtung von Frauen und Kindern bis herab zu fünf Jahren vorsichtig umging. Der Chefredakteur Kircher, der lange in England gelebt hat, weiß sehr genau, was er den Engländern nicht erzählen darf. Der attackierte deutsche Emigrant stellte dem Engländer frei, sich bei der »Frankfurter Zeitung«, der »Kölnischen Zeitung« und dem »Westdeutschen Beobachter« Auskunft zu holen. Das ist inzwischen geschehen.

Die »Frankfurter Zeitung« hat nach einer Pause von über einer Woche noch nicht herausgefunden, wie sie dem Engländer antworten kann, ohne bei ihm oder bei ihren nationalsozialistischen Vorgesetzten anzustoßen.

Die »Kölnische Zeitung« zog sich mit einer Postkarte aus der Affäre:

Sehr geehrter Herr...! Auf Ihr Schreiben vom 7. d. M. erlauben wir uns, Ihnen mit gleicher Post eine Nummer der »Kölnischen Zeitung« zu schicken, in der Sie die von Ihnen angeschnittenen Fragen benannt finden. Mit vorzüglicher Hochachtung: M. Du Mont Schauberg, Vertrieb.

Leider sind aber »die angeschnittenen Fragen« in der Zeitung gar nicht behandelt, sondern es ist nur die amtliche Schimpferei auf die Ausgebürgerten wiedergegeben, ein Ton, der allerdings auf jeden Engländer besonders aufklärend wirkt.

Den Mut zu einer ausführlichen Antwort brachte nur der nationalsozialistische »Westdeutsche Beobachter« auf. Hier ist sie:

Sehr geehrter Herr!  
Wir freuen uns, aus Ihrem Schreiben zu ersehen, daß man sich in Ihren Kreisen ernsthaft mit den deutschen Problemen beschäftigt. Gerne kommen wir Ihrem Wunsch nach und geben Ihnen Aufklärung in bezug auf die Ausbürgerung (expatriated) von Frauen und Kindern, die niemals Politik gemacht haben.

Es handelt sich in diesen Fällen, wenn Deutschen die Staatsangehörigkeit von Gesetzeswegen abgesprochen wird, regelmäßig um solche Leute, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, und die sich nachgewiesenermaßen an ihrem neuen Wohnort aktiv hochverräterisch gegen ihr früheres Vaterland betätigten. Selbstverständlich können die Frauen und Kinder dieser Hochverräter, die ja ebenfalls durch ihre Emigration beweisen, daß sie zumindest mit den Taten des Mannes einverstanden sind, nicht weiter deutsche Staatsbürger bleiben. In bezug auf die Kinder ist zu sagen, daß die dauernde Unterweisung und Erziehung von Kindern durch ausgesprochen aktiv tätige Staatsfeinde unbedingt dazu führen muß, diese Kinder auch wieder zu Feinden Deutschlands zu machen.

Ganz anders verhält es sich bei denjenigen, die sich zwar früher politisch betätigt haben, die aber nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler von einer weiteren Betätigung gegen den Staat absahen und in Deutschland blieben. Ihnen geschieht nicht nur nichts, sondern wir haben treffende Beispiele dafür, daß aus reiner Ueberzeugung frühere Kommunisten sich zum Nationalsozialismus bekehrten und heute froh sind, sich ehrenamtlich im Sinne des Nationalsozialismus für die Volksgemeinschaft zu betätigen. Auch jene Politiker, die nach der Machtübernahme zwar nicht auswanderten und im Ausland Hochverrat trieben, die aber in Deutschland selbst versuchten, die KPD und andere verbotene Parteien wieder aufzurichten, wurden nicht expatriert, sondern sie wurden nur festgenommen, um zu verhindern, daß sie weiteren Schaden anrichten. Selbstverständlich ist auch keine Rede davon, deren Frauen und Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit abzuspochen. Im Gegenteil, der nationalsozialistische Staat bemüht sich, gerade diese, nach unserer Ansicht Irreführten, wieder zu nützlichen Mitgliedern der Volksgemeinschaft zu machen.

Zurück zum Hauptteil Ihrer Anfragen und kurz zusammengefaßt: Der Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt werden nur dauernd im Ausland lebende sich aktiv hochver-

# Ein Hitlerjahr in Zahlen

Geständnisse des Statistischen Reichsamtes

In einer Untersuchung des Statistischen Reichsamtes, veröffentlicht in »Wirtschaft und Statistik«, 2. Novemberheft, über »Die deutsche Wirtschaft im Herbst 1936« wird als Ziel der staatlichen »planvollen Bedarfslenkung nach höheren als bloßen Markterwägungen« bezeichnet, »alle Kräfte auf jene Investitionen zu lenken, die für Deutschlands militärische und wirtschaftliche Sicherheit von Nöten sind«. Die Bewaffnung hat also vor allen anderen Erfordernissen den Vorrang, diese werden zugunsten jener zurückgedrängt. Konsequenterweise wird denn auch vom Statistischen Reichsamt »als Widerspruch hierzu betrachtet«, daß »die Verbrauchsgüterindustrien neuerdings über besseren Absatz und erhöhte Produktion berichten, nachdem sie in allen Monaten vom Frühjahr 1934 bis Ende 1935 auf tiefem Stand verharrten«. Man müßte eigentlich annehmen, daß das Uebergreifen der Konjunktur von den Produktionsmittelindustrien auf die Verbrauchsgegenstände als Zeichen einer normalen Konjunktur begrüßt wird, im Dritten Reich wird aber ein solcher Zustand nicht als förderungswert angesehen, sondern geradezu befürchtet, daß »der Verbrauch den Vorsprung der Investitionen einholen werde«. Es ist eben das Ziel »einer planvollen Bedarfslenkung«, mit allen Mitteln zu verhüten, daß die Versorgung der Bevölkerung nicht ihre »Sicherheit« gefährde, worunter die Sicherheit verstanden wird, früher oder später einem Weltbrand zugetrieben zu werden. »Das nationale Interesse verlangt«, meint das Statistische Reichsamt, »den größtmöglichen Einsatz der Produktivkräfte für Investitionen, nämlich für die Erstellung von Anlagen, die Einfuhr ersparen und Deutschland sichern sollen; die reinen Konsuminteressen werden sich diesem Erfordernis unterordnen müssen.«

## Reallohn »eher leicht erhöht«

Das Statistische Reichsamt stellt fest: »Der Nominallohn des deutschen Arbeiters ist infolge längerer Arbeitszeit bei gleichbleibenden Tariflohnsätzen gestiegen.«

Wie steht es bei »längerer Arbeitszeit« mit dem Reallohn?

»Wenn auch die Nominallohnentwicklung für einzelne Arbeitsgruppen mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht immer Schritt halten konnte, so hat demgegenüber der Mangel an Facharbeitern in einzelnen Gewerbezweigen bereits zu Lohnsteigerungen für diese Arbeitsgruppen geführt, die die Erhöhung der Lebenshaltungskosten überboten.«

Ist der Reallohn nun im Gesamtdurchschnitt gestiegen, gleichgeblieben oder gesunken? Darüber erteilt das Statistische Reichsamt eine sehr schlichterme Auskunft:

räterisch gegen Deutschland beteiligende Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. (Es dürfte allerdings schwer fallen, jemandem eine Staatsangehörigkeit zu nehmen, die er nicht besitzt. Red. d. N. V.) Diese Fälle müssen vorher untersucht und bewiesen sein. In diesem und nur in diesem Falle, fallen auch die nächsten Angehörigen unter die Ausbürgerung.

Da Ihre Anfragen vielleicht auch in Deutschland weite Kreise interessiert werden wir uns erlauben, Ihre Anfragen nebst einer kurzen Beantwortung unsererseits in unserer Zeitung »Westdeutscher Beobachter« zu behandeln und Ihnen nach Erscheinen ein Belegexemplar zuzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
»Westdeutscher Beobachter«  
Schriftleitung: gez. Havertz.

Es wäre im »Neuen Vorwärts« Raumverschwendung, die Verlogenheit und die Verdrehungen in diesem Briefe aufzuzeigen. Es genügt hier mitzutellen, welchen Eindruck er auf den anfragenden Engländer gemacht hat:

...Sie waren leider schon abgereist, als ich die Antworten von zwei deutschen Zeitungen empfing. Die »Frankfurter Zeitung« hat noch nicht geantwortet. Meinem in unserer Abendgesellschaft gegebenen Versprechen entsprechend, legte ich unserem Mr. Chairman und nun Ihnen die Antworten in Original vor. Ich habe gleichzeitig an Mrs. .... geschrieben, daß ich im Irrtum war und Sie im Recht, denn aus der Antwort geht wirklich hervor, daß tatsächlich unpolitische Frauen und Kinder ihr Bürgerrecht als Deutsche verloren haben. Ich verstehe den Brief der Zeitung

»Im Gesamtdurchschnitt hat sich jedenfalls das Realeinkommen des deutschen Arbeiters entgegen ausländischen Pressemeldungen seit der Machtübernahme keineswegs verringert, sondern eher leicht erhöht.«

Im September 36 war nach »Wirtschaft und Statistik« das Arbeitsvolumen »erstmalig nach der Krise wieder größer als 1929, dem Jahr bester Beschäftigung vor Anbruch der Krise«. Trotzdem ist das Realeinkommen bestenfalls »leicht« erhöht gegenüber dem Tiefstand der Konjunktur. Das wäre kein Anlaß zu besonderer Bewunderung für das Regime, schon eher eine Erklärung dafür, daß »der Kampf um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in keinem anderen Land mit auch nur annähernd gleichem Erfolg geführt worden« sei »wie in Deutschland«. Aber selbst die Feststellung dieses mageren Lohnergebnisses eines angeblich beispiellosen Produktionsaufschwungs wird mit einem »jedemfalls« und dann noch mit einem »eher« diplomatisch abgeschwächt. Der Versuch einer Widerlegung der »ausländischen Pressemeldungen« kommt also fast ihrer Bestätigung gleich.

## Verslechterte Ernährung

Daß es trotz Erzeugungsschlacht nicht gelungen ist, durch heimische Erzeugung zu ersetzen, was der Versorgung durch Einfuhrdrosselung entzogen worden ist, wird indirekt zugegeben, mit der Feststellung, daß zwar die Verkaufserlöse der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1935/36 die des Wirtschaftsjahres 1932/33 um 2,4 Milliarden übertrafen, daß aber »dieses günstige Ergebnis« nur teilweise auf größere Mengen, die abgesetzt wurden, in erster Linie auf höhere Preise zurückzuführen ist. »Gestiegen sind vor allem die Preise der Erzeugnisse, die in geringeren Mengen als im Vorjahr abgesetzt wurden (Schlachtvieh und Vieherzeugnisse).«

Von 1932 bis 1935 war das Arbeitseinkommen von 26 auf 32, also um 6 Milliarden gestiegen. Etwa ein Drittel davon sind demnach nicht für die Ernährung selbst, sondern für ihre bloße Verteuerung draufgegangen. Die Versorgung hatte sich aber nicht verbessert, denn wenn die heimische Erzeugung nach amtlichem Geständnis nur wenig hat gehoben werden können, so muß die zur Ernährung verfügbare Menge von Lebensmitteln »eher« abgenommen haben, denn die Lebensmitteleinfuhr betrug selbst 1932 noch im Monatsdurchschnitt 127 Millionen, 1936 nur noch 79 Millionen. Die deutsche Gesamteinfuhr war von 389 Millionen 1932 auf 350 Millionen 1936 zurückgegangen, also nur wenig verändert, die Lebensmitteleinfuhr also zugunsten der Aufrüstungseinfuhr verdrängt worden.

## Weniger Fett, mehr Wein

In einer Untersuchung über »die Entwicklung des Verbrauchs an Nahrungs- und Genußmitteln seit 1928« (»Wirtschaft und Statistik«, 2. November-Heft) heißt es:

»Je Kopf der Bevölkerung ist der Verbrauch auf einzelnen Gebieten der Ernährung gegenwärtig ebenso hoch wie 1928 oder sogar höher. Insbesondere trifft dies für die Grundnahrung des deutschen Volkes, Brotgetreide und Kartoffeln, im ganzen zu.«

Aber bereits im Elendsjahr 1932 wurde von der »Grundnahrung des deutschen Volkes« mehr verzehrt als im guten Konjunkturjahr 1923. Warum wohl? Weil Kartoffeln und Roggenbrot als Ersatz erhalten müssen, wenn teurere Nahrungsmittel unerschwinglich geworden sind. Es ist also kein Zeichen wachsenden Wohlstandes, sondern eher das Gegenteil, wenn auf den einzelnen, 1936 ebenso viel Kartoffeln entfielen wie 1928, zugleich 10 Prozent mehr Roggenmehl, aber dafür 7 Prozent weniger Weizenmehl. Mehl und Kartoffeln insgesamt wurden je Kopf verbraucht 1932 5 Prozent weniger als 1928, 1936 1 Prozent mehr, wobei allerdings zu beachten ist, daß diese Berechnungen Schätzungen sind, deren Verwendung das Statistische Reichsamt selbst als Versuch bezeichnet. Aber in anderen nahrhafteren, wenn auch teureren Nahrungsmitteln bleibt der Verbrauch im letzten Jahre noch hinter 1932 zurück, und zwar bei Fleisch, Eiern, Fetten, Käse und selbst Kartoffeln. Es scheint also, daß die Ernährung seit dieser Zeit des Tiefstandes, aus dem Hitler das deutsche Volk retten wollte, eher schlechter als besser geworden ist. Allerdings: es gibt auch Nahrungsmittel, von denen auf den einzelnen durchschnittlich mehr entfällt als 1932 und sogar als 1928, z. B. Süßfrüchte, aber es ist mehr als zweifelhaft, ob mit ihnen in Gestalt von Marmelade das fehlende Fett ersetzt worden ist, denn es sind nur die Prozentzahlen der Veränderungen angegeben, aber es fehlen die absoluten Verbrauchsmengen. Kann man aber annehmen, daß die Leute, die Fett entbehren müssen, dafür mehr Wein trinken? Wohl kaum. Es gibt nämlich kein Genußmittel, dessen Verbrauch im Dritten Reich dermaßen gestiegen ist. 1936 ist mehr Wein getrunken worden als in irgendeinem anderen Jahr seit Beendigung der Inflation, um zwei Drittel mehr als 1932 und um 40 Prozent mehr als selbst 1928. Die einen opfern auf dem Altar der Volksgemeinschaft Fett, damit die anderen mehr Wein trinken können. Das ist der soziale Ausgleich im deutschen Sozialismus!

G. A. F.

aus Köln so, daß der deutsche Staat die Trennung der Frau und der Kinder von Vätern verlangt, die wegen einer verbotenen politischen Gesinnung ins Ausland gegangen sind. Ich versichere Ihnen als Christ, daß mich diese Auffassung von Ehe und Familie abstößt und bitter schmerzt, und als britischer Staatsbürger füge ich hinzu, daß ich für diese Achtung und Verfolgung von Menschen mit einer gegnerischen Ueberzeugung gar kein Verständnis habe. Ich war etwas in Versuchung, das den Herren in Köln zu schreiben, jedoch denke ich, daß es richtig ist, bei so sehr großen Meinungsverschiedenheiten nicht eine Korrespondenz fortzuführen. Sie wissen, daß ich mich als Christ nicht erbittern lassen darf, ich bin nur sehr traurig für Ihr Vaterland und für die Menschen, die Deutschland und Großbritannien sich verstehen lassen wollen. Trotz Ihrem großen Pessimismus möchte ich hoffen, daß der häßliche und rachsüchtige Geist, der nicht nur aus diesem Briefe, sondern leider noch viel mehr aus den Abdrucken dieses Blattes spricht, die Sie mir zugesandt haben, bald überwunden werden wird und wir auch politisch einem Deutschland begegnen, das den vielen lieben Menschen aus Deutschland entspricht, denen wir hier begegnen. — Es wäre so sehr schön, wenn wir uns bald wieder sprechen und vielleicht ein wenig besser verstehen würden. Ihr etc. etc.

## SA hat Angst — wovor?

Die deutsche Presse meldet aus Tilsit:

»Eine der vielen Aufgaben der SA besteht darin, durch ständige Einsatzbereitschaft deutsches Volksgut vor Zerstörung durch Katastrophen oder verbrecherische Elemente zu schützen.

Um nun gegebenenfalls die Tilster SA in möglichst kurzer Zeit alarmieren zu können, hat die Standarte 41 gelbe Flaggen mit einem schwarzen Kreuz verteilt, die im Alarmfalle an belebten Punkten der Stadt gehißt werden. Außerdem werden auch die Wagen der Straßenbahnen dieselben Fahnen führen. Die Tilster SA kann dadurch im Falle der Not jederzeit zur Stelle gerufen werden.«

Bei großen Katastrophen läuten die Glocken, tuten die Sirenen, funkelt das elektrische Werk Lichtsignale, gibt es hunderterlei Möglichkeiten, eine Stadt in der Größe von Tilsit binnen zehn Minuten bis auf den letzten Mann zu alarmieren. Gegen »verbrecherische Elemente« sollte die Polizei genügen. Außerdem sind Militär, Polizei und Feuerwehr — ohne irgendwelche Fähnchen — jederzeit rufbar. — Vor wem hat die SA eigentlich Angst?

## Na, denn mal los!

Ein brauner Jesajas.

»Jedenfalls werden die deutschen synthetischen Stoffe oder minderprozentigen Erze eher den billigen Weltmarktpreis erreicht haben, ehe eine neue stabile Ordnung des zwischenstaatlichen Handels und Verkehrs wieder aufgerichtet ist.«

Da dieser Wiederaufrichtung eigentlich nur noch Hitler sich in der Welt widersetzt, wir seine Chancen aber nicht mehr für sehr beträchtlich halten, müssen sich doch wohl die IG-Farben ein bißchen beeilen. Oder etwa nicht, lieber Pg. Werner Waltz, der du so, in der letzten Nummer der »Zeitschrift für Geopolitik« unter die ganz großen Seher und Weissager im Kranze der Völker gegangen bist?

# Wachsende Gegenkräfte

## Die Abwehrtendenzen gegen die Kriegstreiberei der Diktaturen

Die auswärtige Politik ist ganz einfach, so lange sie als feindliches Spiel entgegengesetzter Ideologien erscheint und besonders für die, die selbst Gefangene dieser Ideologien sind. Sie wird außerordentlich kompliziert, sobald man die mannigfachen Wirtschafts- und Machtinteressen zu erfassen sucht, die in Wirklichkeit die Konstellation bestimmen. Ist unsere Auffassung richtig, daß die Wirtschaftsführung und die den Diktaturen immanente expansive Machtpolitik sie zur Eroberung bereits entwickelter, reicher Rohstoff- und Kolonialgebiete treibt, daß es in ihrem Sinn um die Neuverteilung der Welt, um die Umkehrung der bisherigen Verhältnisse von »Haben« und »Nichthaben« geht, dann ist der russisch-deutsche Gegensatz sekundär, dann ist die antibolschewistische Propaganda für Deutschland und Italien ein Mittel, die Westmächte von Rußland und Rußland von Europa abzusprengen und für ihre auswärtige Politik Stützen in den reaktionärsten Schichten der anderen Länder zu finden, wie es für Japan das Mittel ist, für seine Durchdringung Chinas zuletzt doch die Beihilfe der »vom Kommunismus bedrohten« chinesischen Regierung zu erhalten, eine Politik, die bei der Angst des chinesischen Handels- und Bankkapitals nicht ganz aussichtslos erschien.

Die akute Kriegsgefahr, die nach der Erklärung Léon Blums im August dieses Jahres bestanden hat, hatte sich ja im Westen, in Spanien, und nicht im Osten herausgebildet und sie besteht fort. Denn alle Weltmachtspolitik beruht auch heute noch auf der Beherrschung der Meeresstraßen und Spanien hat seit seinem Insel- und nordafrikanischen Besitz die Schlüsselstellung für den Weg durch das Mitteländische Meer, und für die Verbindung Frankreichs mit seinem Kolonialreich inne. Nicht um Faschismus und Bolschewismus geht es den Diktaturen in Spanien, sondern um die entscheidende Ausgangsstellung im Kampf diese unmittelbare Gefährdung der Welt. Andererseits war weder die demokratische noch die sozialistische Ideologie in England und Frankreich 1933 bis 1936 stark genug, um der deutschen und italienischen Diktatur in der Außenpolitik mit der nötigen Entschiedenheit entgegenzutreten, so unendlich leichter es damals gewesen wäre. Erst die Eroberung Abessinien, diese unmittelbare Gefährdung der Weltstellung Englands, erst die Besetzung der Rheinlande, die unmittelbare Bedrohung Frankreichs brachte die Wendung.

Die englische Politik hat seitdem eine grundlegendende Wandlung erfahren. Der Machtpolitik der Diktaturen wird die eigene Macht entgegengesetzt. Die Aufrüstung beginnt und wird mit zäher Energie durchgeführt. Flotte und Luftwaffe werden in schnellem Tempo verstärkt, die Stützpunkte überall und besonders im bedrohten Mittelmeerraum ausgebaut. Der schwerste Punkt in Englands Kriegsbereitschaft bleibt das Heer. Das Freiwilligensystem versagt und der Zwang zur Dienstpflicht widerspricht aller historischen Tradition; aber selbst diese Ueberlieferung erscheint heute nicht mehr so unerschütterlich; Bedenken werden geäußert und eine Aenderung liegt nicht mehr ganz außer dem Bereich der Möglichkeit. Unterdessen zählt England auf die Stärke der kontinentalen Abwehrkräfte. Das von der von Sozialisten geführten, von den Kommunisten unterstützten französischen Regierung eingebrachte, von der Kammer fast ohne Opposition angenommene Militärbudget ist das größte in der Geschichte Frankreichs; und dazu treten die Heeresverstärkungen Belgiens und Hollands.

Und mit der militärischen Unterstützung vollzieht sich die Aenderung der englischen Außenpolitik. Kein Arbeiterpartei beschimpft mehr einen Minister, der für ein engeres Verhältnis zu Frankreich eintritt, wie das noch vor kurzer Zeit Duff Cooper passierte. England und Frankreich haben kein Schutz- und Trutzbündnis vereinbart, Gott bewahre, von Bündnissen will man nicht sprechen, aber eine Schutz- und Trutzvereinbarung, eine gegenseitige Garantie gegen jeden Angriff, die sie noch dazu auf Belgien und Holland ausdehnen, und mit Enthusiasmus ist die Ankündigung in beiden Ländern von allen Parteien begrüßt worden... Aber brauchte man schon früher an der eng-

lich-französischen Solidarität im Ernstfall bei einem Angriff im Westen nicht zu zweifeln, so bedeutet es den bedeutsamsten Fortschritt, daß England im schärfsten Gegensatz zu seiner früheren Haltung jetzt offen proklamiert, daß seine Anteilnahme an europäischen Konflikten durchaus nicht auf den Westen beschränkt ist. In jeder seiner letzten Reden ist der englische Außenminister weitergegangen und deutlicher geworden. Kürzlich führte er aus:

»Wenn ich sagte, daß Englands Friedensinteressen geographisch begrenzt wären, würde ich einen falschen Eindruck erwecken. Unsere Lebensinteressen liegen zwar in einem bestimmten, umschriebenen Raum, aber unser Friedensinteresse ist weltweit... Wir können uns nicht an diesem oder jenem Teil der Welt für uninteressiert erklären in der vagen Hoffnung, daß die Ereignisse dort uns nicht berühren können. Wir dürfen weder uns selbst noch andere durch irgendeine dieser bequemen Doktrinen täuschen lassen, daß wir in einem westeuropäischen Glashaus in Sicherheit leben könnten.«

Eden teilt damit — und er hat diese Warnung dann im Unterhaus noch verstärkt — den Diktatoren mit, daß sie nicht auf Neutralität Englands rechnen dürfen, wenn sie im — Osten angreifen.

Dieser Durchbruch der Erkenntnis von der Unteilbarkeit des Friedens in England hat seine guten Gründe. Sie beruht auf der Einsicht, daß die Westmächte auch besiegt werden könnten, ohne daß sie direkt angegriffen zu werden brauchten. Denn wenn erst Deutschland, Italien und Japan ihren Machtbereich über die schwächeren Staaten ausgedehnt hätten, dann wäre ihre Stärke groß genug, um England und Frankreich zur Kapitulation zu zwingen. Und deshalb die englische Warnung.

Hat diese Aenderung der englischen Politik bereits eine Wirkung gehabt? In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, daß Besprechungen zwischen England und Italien über ein Mittelmeerabkom-

men gute Fortschritte machen. Italien hat England die Versicherung gegeben, daß es mit dem General Franco keine Verhandlungen über Gebietsabtretungen geführt habe oder zu führen beabsichtige, und man will daraus auf die Möglichkeit eines allgemeinen Abkommens über die Erhaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse im Mittelmeerraum schließen. Man wird dieser Nachricht zunächst mit einiger Skepsis gegenüberstehen müssen. Denn der Sieg Francos über die spanische Republik bedeutete auch ohne Gebietsabtretungen, die ein schlechter Start für ein nationalistisches Regime wäre, einen Sieg Mussolinis und Hitlers, die über ganz Spanien — und Portugal dazu — im Ernstfall verfügen würden. Aber auf der anderen Seite darf die Bedeutung der wachsenden englischen Entschiedenheit auch nicht gering eingeschätzt werden. Im Verein mit der engen Zusammenarbeit mit Frankreich bedeutet sie, daß die Werbekraft der Diktaturländer auf die kleineren Staaten rasch abnimmt, bedeutet sie vor allem für die Mittelmeerländer den wieder verstärkten Schutz des mächtigen Imperiums, und damit werden auch die Bestrebungen schwächer, diesen Schutz in einem Kompromiß mit Hitler oder Mussolini zu suchen. Mit allen Mitteln wirtschaftlicher Beeinflussung und politischer Propaganda hatte namentlich Deutschland versucht, die Kleine Entente und den Balkanbund zu sprengen, einzelne Staaten für sich zu gewinnen, und so die politische Konstellation, die seit der Rheinlandbesetzung und der Schwächung Frankreichs ins Wanken zu kommen schien, zu seinen Gunsten zu ändern. Nun droht die englische Haltung, diese Bemühungen zu vereiteln. Ob dies hinreicht, Mussolini dazu zu zwingen, Zeitgewinn zu suchen und die Machtausgleichssetzung zu verschieben, ob es hinreicht, die akute Angriffsbereitschaft der italienisch-deutschen Kooperation zu hemmen, das hängt — und das ist der frevelhafte Wahwitz der Diktatursysteme — von den subjektiven Entschlüssen der Diktatoren ab. Dr. Richard Kern.

## Die besten Demokraten

Die Demokratien bekennen sich zu ihren Regierungsmethoden, aber kein Diktator will sich richtig zu seiner Diktatur bekennen, sondern sie sind alle Demokraten. Durch die Nazipresse geht ein Artikel gegen »Edens Ideologie«:

»Die parlamentarische Demokratie und das Parteiensystem nach britischem Muster haben sich in vielen anderen Ländern als unzweckmäßig erwiesen. Sie haben es in ihnen nicht vermocht, wirklich eine enge Verbindung zwischen Volk und Regierung herzustellen... Es kommt auf die wirkliche Volksverbundenheit der Regierung an, und für diese Verbundenheit hat in Deutschland der Nationalsozialismus die nötigen Grundlagen vorbildlich geschaffen.«

Die »wirkliche Volksverbundenheit« der braunen Bonzerie ist so stark, daß selbst die letzten Reste von Theaterkritik nicht mehr geduldet werden können, weil sie diese Verbundenheit gefährdeten.

»Im nationalsozialistischen Volksstaate kann die Regierung jederzeit offen an das Volk appellieren. In England, also dem Musterlande der parlamentarischen Demokratie, ist das nicht ganz so klar.«

Im Dritten Reiche ist nicht einmal ein Wahlkampf nötig, weil es, oh Wunder, nur eine Partei gibt. Die Verbundenheit zwischen Regierung und Staat ist so stark, daß auch nur ein Tag freier Agitation als unerträgliche Bedrohung dieser Harmonie empfunden würde, denn es ist die Frage, ob dieser Staat diesen Tag überlebte. Darum mag auch das Volk keine Meinungsfreiheit... »Bei uns wird offen und eindeutig gefragt und geantwortet...« Und zwar mit Ja oder Nein. Wer mit Nein stimmt, riskiert eine entsprechende Erziehungskur, so stark ist die Volksverbundenheit der Despoten. Uebersteigen die Neinstimmen 5 Prozent, so korrigiert das Volk sein Votum schon beim Stimmzählen, so stark ist usw. usw. Bleibt nur ein Schluß:

»Da sind wir »Wilden« doch bessere Demokraten als jene Muster, die Herr Eden uns vorzuhalten beliebt.«

Haben wir nicht gesagt? Die Nazis sind die besten Demokraten, die echtsten Liberalen, die heroischsten Vertreter der (geheimen) Gedankenfreiheit. Frühere Despoten bekannnten offen: »Wer Knecht ist soll Knecht

bleiben und das Maul halten. Seid untertan der Obrigkeit...« Was waren das für verkommenen, verlogenen, feigen Systeme!

## Letzter Grad der Entmannung

Die »Frankfurter Zeitung« unter unmittelbarem Nazi-Kuratel.

Es verdienete sich die Flüsterinformationen um die »Frankfurter Zeitung« und ihren hitlerbeflissenen Herrn Kirchner. Die letzte, wahrscheinlich sogar zuverlässigste Version geht dahin, daß zwar Herr Kirchner weiterhin die Außenpolitik des Blattes im bisherigen gesinnungsverlumpten Geist der totalen Gleichschaltung weiter betreiben darf, aber sich ganz auf dieses Ressort beschränken soll und alle innerpolitische Seitensprünge bei Kazett-Gefahr zu vermeiden hat. Dafür soll das Blatt in der Person des Herrn Martin Schwäbe vom »Westdeutschen Beobachter« endlich einen Generalkommissar und Oberdirektoren im Sinne unbedingter nationalsozialistischer Zuverlässigkeit erhalten, dem dann auch alle Vollmachten verlegerischer und chefredaktioneller Art anvertraut würden...

Zu Herrn Martin Schwäbe muß folgendes gesagt werden: Der Jüngling ist eine höchstpersönliche Heimatentdeckung des Herrn Robert Ley aus seinem ersten »Wirkungskreis« im Levenkusen-Opladener Gebiet und im Rayon der IG-Farben. Da volontierte einmal, was jetzt noch nicht ganz acht Jahre her sind, ein munterer Achtzehnjähriger mit Sekundäreife einer Realschule bei einem bescheidenen Zentrumsblatt — mit dem Erfolg, daß er wegen einiger Defekte, sei es der Intelligenz, sei es des Charakters, sehr bald wieder hinausflog. Er ging ein Haus weiter an den »liberalen« Generalanzeiger derselben bergischen Kleinstadt. Er war mittlerweile neunzehnjährig geworden, als ihn Ley entdeckte und ihn an den »Westdeutschen Beobachter« holte, der damals zufolge einer schmierig-komischen Gulasch-Geschichte, die zu erzählen hier zu weitläufig wäre, jetzt sogar einen fixen Lokalredakteur bezahlen konnte. Martin Schwäbe war genau 20 Jahre alt, als er im »Westdeutschen Beobachter« nach einer Versammlung des Reichskanzlers Brüning im Jahre 1932 das gelaassene Wort prägte, er, Schwäbe, habe nur ein »kümmerliches Stückchen Hetzer« gestern gehört. Bei Ausbruch der »nationalen Revolution« war

Schwäbe immerhin schon dreißigjährig. Lenze alt geworden. Ein Grund und eine Berechtigung mehr, vor den Talaren der Kölner Universität — sein um zwei Jahre älterer Kollege Winkelkemper wurde deren Kurator — einen Vortrag über die erzieherische Aufgabe des Nationalsozialismus zu halten — so, daß die ergrautesten Philosophen, Rechtskundigen und Chirurgen Nase und Mund aufsperrten und die »Frankfurter Zeitung« fast einen Leitartikel über den beachtlichen akademischen Vorgang brachte. Es ist leicht auszurechnen, wie alt Herr Schwäbe jetzt ist, um mit der Würde eines braunen Starosten und Woywoden die »Frankfurter Zeitung« auf den Weg klassischen Journalismus zu geleiten. Bei Menschen sind der Sterilisierung bestimmte physische Schranken gesetzt, wo man eben auch beim besten Willen nicht mehr tun kann. Bei Zeitungen — ? Ja, ja, hier hat der »Hitler schnitt« schon noch Möglichkeiten, wie man sieht.

## Die erste Pleite des Göring-Planes

Die deutschen Erdölquellen tröpfeln um keinen Preis schneller...

»Erdölgewinnung weiter über Vorjahresumfang« schreit zur Stunde die Göbbelpresse (so die DAZ im Wirtschaftsteil von Nummer 600/601). Die zum Beweis für die Berechtigung der Begeisterung vorgelegte Tabelle macht ersichtlich, daß die deutsche Erdölgewinnung im Monatsdurchschnitt des Vorjahres nur 35.807 Tonnen betragen hat, daß aber im Oktober dieses Jahres 39.594 und im vergangenen November immer noch 37.950 Tonnen ausgeschöpft wurden...

Leider vergessen die Begeisterter hinzuzufügen, daß dieses mehr als bescheidene Plus-Ergebnis sozusagen die erste Standardleistung des neuen hitlerdeutschen »Vierjahresplanes« darstellt! Im Sportpalast hatte seiner Zeit Herr »General« Göring in seiner »Bullenne« nicht nur das Vorkommen großer Kupfer- und Blei-Vorräte in Deutschlands Boden reklamiert — es »müßte denn mit dem Teufel zugehen, wenn es anders wäre!« — sondern auf die besonders hoffnungsvollen Anstrengungen des Regimes, die deutsche Erdölgewinnung zu forcieren, in einem Extrapasus hingewiesen. »Hoffnungsvoll« ist das Kapitel Kriegs-Autarkie freilich bei diesem Punkt. Weniger allerdings für diejenigen, die Erdöl brauchen, als für diejenigen, die das Öl mit riesigen Reichsubventionen »fördern«. Die erste praktische Maßnahme im Göring-Plan hatte schon vor der Ernennung des Wirtschaftsdiktators in diesem Herbst darin bestanden, daß die Interessenten der deutschen Erdölgewinnung Mitte 1936 nach Berlin berufen wurden, eine eigene Ausstellung mit Beteiligung aller in Frage kommenden Nazi-Stellen zum Thema abgehalten wurde, die Fachpresse die üblichen Reklameartikel bringen mußte und — last not least — die Subventionen für die Bohrfirmen (in der Mehrzahl sehr smarte Terrainspekulanten) vervierfacht wurden! Man sieht: es hat schon gewirkt! Tausend oder auch zweitausend Tonnen Öl (eine Viertel Million Tonnen ist der deutsche Monatsgesamtverbrauch) gibt es schon mehr. Wie viel Hundertmarkscheine mit dem Hakenkreuz-Hohheitszeichen dafür in die mit Recht so dunklen und tiefen Bohrlöcher hinabgesenkt wurden, ist freilich aus den Jubelziffern nicht ersichtlich.

## Der Kampf auf dem Judengrab

Im »Stürmer« liest man diese Zurschrift: Lieber Stürmer!

Mitte September 1936 segnete der jüdische Rassenschänder Motel Chronowitz, wohnhaft in der Adolfstraße 25 zu Stettin, das Zeitliche. Wir Stettiner atmeten auf, endlich wieder einen bekannten und berüchtigten Volksverderber los zu sein. Die Bewohner des Hauses Adolfstraße 25 waren jedoch anderer Meinung. Nicht weniger als neun deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen, die in diesem Hause wohnen, steuerten zusammen, um den Juden eine Kranzspende auf das Grab legen zu können. Du siehst also, lieber Stürmer, wieviel Arbeit noch zu leisten ist in der Aufklärung des Volkes in der Judenfrage. Deutsche Männer und Frauen, die das Ableben eines jüdischen Rassenschänders bedauern und zum sichtbaren Zeichen ihrer Trauer einen Kranz kaufen, haben von der Judenfrage und damit vom Nationalsozialismus noch keine blasse Ahnung.

Der »Stürmer« hat über Deutschland unermessliche Schande gebracht. Jetzt macht er, natürlich um wider Willen, einen kleinen Teil dieses Schadens gut, indem er an einem krassen Fall zeigt, wie das anständige Volk in Deutschland sein schmutziges Treiben beurteilt.

# »Arbeiter, ich schwöre Dir!«

## Vier Jahre Vertröstung und Leerlauf

Endlich war es soweit. Am 30. Januar 1933 hatte der Führer »nach 14 Jahren marxistischer Mißwirtschaft« sein »sagenhaftes Programm zur Ueberwindung der Wirtschafts- und Arbeitsnot »aus der Schublade gezogen«. Was heraussprang war eine Vertröstung an den deutschen Bauern und den deutschen Arbeiter, sie sollten noch vier Jahre warten, dann werde bestimmt alles besser werden. Und am 8. Februar 1933 erklärte Hitler den neugiebrigen Journalisten: »In zehn Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.« Im September 1934 prophezeite der faschistische Diktator das tausendjährige Reich.

Als einen Tag nach der ersten Hitler-Malfest 1933 die Arbeiter arglistig, überfallsartig und brutal ihrer Gewerkschaften beraubt und entwaffnet waren, erklärte der Ehren-Ley:

»Wir griffen zu, um die Rechte der Arbeiter zu schützen, Arbeiter, wir griffen zu, um Deine Rechte, Dein Geld, Deine Einrichtungen zu retten... Nicht als ob wir damit die Gewerkschaften zerstören und zerschlagen wollten. Im Gegenteil... Arbeiter, ich schwöre Dir, wir werden nicht nur alles erhalten, was sich vorfindet, wir werden Schutz und Rechte des Arbeiters weiter aufbauen.«

Und Schuhmann fügte hinzu:

»Würden wir die Arbeiter betrügen, dann gehört uns die Kugel«. Die erste der selbst gestellten Bewährungsfristen geht zur Neige, das wirtschaftliche und soziale Flasko der Volkverderber läßt sich nicht länger verbergen. Noch bilden Machtapparat und Propaganda den kugelsicheren Panzer für die Betrüger. Ihre Kugeln aber brachten Tausende von Betrogenen zur Strecke, die Sehnsucht nach Wahrheit, Freiheit und Recht wird mit dem Tode bestraft, damit der Faschismus leben kann.

Der Bauer sieht die verlorene »Erzeugungsschlacht«. Ein lebensunfähiger Großgrundbesitz mußte auf Kosten der Bauern gerettet werden. Weil der deutsche Boden nur 80 Prozent des Lebensbedarfs zu geben vermag, die inländische Fettbelleferung nur bis zu 50 Prozent heranreicht, alle notwendigen Lebensmittelimporte aber gesperrt sind, um die knappen Devisen für die Kriegs-Rohstoffzufuhr zu reservieren, darum sind die Bauern im Dritten Reich dem stärksten Terror »ihrer Retter« ausgesetzt.

Der Arbeiter hat nach vier Jahren aufgehört, freier Arbeiter zu sein, er ist, alles Arbeitsrechts beraubt, zum Arbeitssoldaten geworden. Die Verheißungen vom 1. Parteitag im September 1933 sind verfliegen, der Nürnberger Parteitag 1936 hatte ihm als letzten Ausweg aus der Krise nur noch den imperialistischen Krieg zu zeigen. Kriegarbeit aber heißt unbegrenzte Ausbeutung durch Lohnabbau und verlängerte Arbeitszeit. »Das Wort unmöglich«, sagt der Kriegswirtschaftsdiktator, »gibt es nicht«. Hunger und Krieg, das war die Nürnberger Perspektive für den deutschen Arbeiter.

Betrachten wir die Entwicklung des deutschen Faschismus vom Standort der Arbeiterfrage, so zieht sich durch alle Etappen der vier Jahre die Zielsetzung, wie ein roter Faden hindurch: Die Diktatur macht den Arbeiter wehrlos, der Kapitalismus beutet ihn aus.

Das Jahr 1933 war bestimmt, die Organisationen der Arbeiter zu zerstören. Einige Monate schwankten die Nazis, einen Ständestaat zu errichten. Die Stände-Illusion war indes bald zerstoßen. Von da ab beherrschte die Harmonie zwischen faschistischer Diktatur und Kapital das Feld.

Im ersten Halbjahr 1934 drohte in der Periode der Meckerer und Kritikaester eine Auflockerung der schaffenden Volkskreise bis in die Reihen der proletarischen Nationalsozialisten. Die nationale Revolution mußte blutig liquidiert, die Kameraden am 30. Juni ermordet werden. Die Bahn für eine totalitäre Arbeitsfront war frei, nachdem schon vorher die NSBO von »alten Kämpfern« gereinigt war.

1935 beginnt die Ablenkung von den innerwirtschaftlichen Notständen durch nationalistische Aktionen und eine aggressive Außenpolitik.

Die Welle der Begeisterung, die nach

der Saarabstimmung und der Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht angestiegen war, beginnt mit den Wahlen in Danzig wieder abzuflauen. Trotz Terror hatte die antifaschistische Front 40 Prozent der Stimmen gewonnen. Eine neue Verschärfung der Arbeitsfrontorganisation hat sich als notwendig herausgestellt. Die DAF wird mit der sog. »Gewerblichen Wirtschaft« zusammengeworfen. Die Aemter der DAF wurden damit von den Unternehmern und ihren Beauftragten durchgesetzt, der Ley war dem Reichswirtschaftsminister und Exponenten des Großkapitals Doktor Schacht unterstellt.

1936 wurde zum Jahr der Mobilmachung von Wirtschaft und Arbeit für den Krieg. Am 7. März 1936 signalisiert die faschistische Diktatur mit Rheinlandbesetzung und Zerreißung des Locarno-Vertrages die Kriegsbereitschaft. In Spanien kämpfen deutsche Soldaten gegen die demokratische Regierung. Die Scheinparole der Landesverteidigung wird von wilden Expansionsgelüsten abgelöst. Der Krieg ist noch nicht ausgebrochen, aber der Krieg gegen die Arbeiterschaft Deutschlands ist schon im vollen Gang.

Der Glaube an die Wirkung der Propagandamaschine hat sich zwar behauptet, aber er reißt nicht mehr aus, man kennt die Ungläubigkeit der Arbeiter. Im Mittelpunkt der Kriegsvorbereitung steht auf allen Gebieten, nicht zuletzt in der Arbeiterfrage, die Zwangsorganisation.

Die Angst vor der Opposition macht sich erstmalig bei den sog. Vertrauensratswahlen geltend, die am 3. und 4. April stattfinden sollten. Die Wahlparole war zunächst politisch: für oder gegen den Führer, dann hieß es: keine politische Wahlen, sondern Abstimmung über die einzelne Betriebsführung, die nächstfolgende Parole umfaßte das Urteil über den bisherigen Vertrauensrat. Schließlich aber wollte die Angst vor dem Votum der Belegschaften nicht mehr weichen und man entschloß sich, die Wahl gänzlich abzusagen. Die neuen Vertrauensräte wurden ernannt. Diese Wahlen werden auch 1937 kaum wieder stattfinden. Die faschistische Kriegswirtschaft kennt weder Wähler noch Gewählte, sondern nur Offiziere und Sol-

daten, sei es an der Front oder im Kriegsbetrieb.

Die folgende Malfest 1936 wurde »ohne Politik« abgehalten. Der Krieg kennt keine Versammlung. Der harmlose Sang »Freut Euch des Lebens« ist wesentlich beruhigender, als die Aufwühlung der sozialen Frage.

Dann ging es im rasenden Schritt an die Gestaltung der Kriegssozialpolitik. Im Zeichen des nahenden Burgfriedens wurden die Arbeitsgerichte und die Spruchinstanzen der Sozialversicherung nahezu beschäftigungslos. Die Steigerung der Wohnungsnot wurde mit dem Hinweis auf die notwendigen Kasernenbauten verständlich gemacht. Die Sozialversicherung machte durch weiteren Leistungsabbau erhebliche Beitragsüberschüsse. Vermögensreserven für die Sozialrentner brauchen nicht mehr angesammelt zu werden. Etwa 50 Prozent der Ueberschüsse fließen in die Kriegskasse des Reiches. Die »nationale Freiheit« wird zum Ersatz für die Alters- und Invalidenfürsorge. Kaum ein Zehntel aller Arbeitslosen werden von der Arbeitslosenversicherung überhaupt nur noch unterstützt. Die Beiträge der 12 Millionen Versicherten belaufen sich auf 1,4 Milliarden RM, die Unterstützungsausgabe der Versicherung auf 250 Millionen. Die Arbeiter und Angestellten, die da glaubten, daß somit eine Beitragsermäßigung am Platze sei, wurden belehrt: es geht nicht. Der dem Reich zuffließende Beitragsgewinn von rund einer Milliarde RM ist Wehrbeitrag. Wer sollte schließlich die Kriegskosten aufbringen, wenn nicht die »Gefolgschaften«!

Die arbeitende Jugend ist den Gefahren des liberalistischen Arbeitsmarktes entzogen und in den Arbeitsdienst eingereicht worden. Eine militärische Sondergerichtsbarkeit und Disziplin sichert dieser Jugend die Erhaltung für den Krieg der Völker. Die dürftigen Reste der Tarif- und Betriebsordnung und die Kopfschmerzen des Ley über den gerechten Leistungslohn haben aufgehört. Der Nürnberger Kriegsparteitag hat die Abwanderung von einem in den anderen Betrieb und damit jede Lohnentwicklung aufgehoben. Die Lohnde-

krete Görings haben die letzte Freizügigkeit des Arbeiters durch einen wohlorganisierten Arbeits-Kriegsdienst ersetzt. Das Arbeitsbuch erleichtert die Anlage der Arbeiterstammrolle. Die letzten sozialen Hemmungen, wie Nachtbackverbot oder Arbeitszeitverordnung hat das Jahr 1936 überwunden. Der Zehnstundentag wird 1937 als Normalarbeitszeit gelten können.

Am Jahreswechsel triumphiert im Dritten Reich die Fettkarte, weitere Rationierungen können folgen. Höher entlohnte Arbeiter könnten die Gefahr einer vermehrten Kaufkraft und damit die Einfuhrnotwendigkeit von Bedarfsgegenständen aus dem Ausland heraufbeschwören. Das Regime blockiert seine Arbeiterschaft und empfiehlt ihr, den R'emen enger zu schnüren. Kanonen statt Butter heißt entweder Beschränkung der Lebensmittel für das Volk oder europäische Verständigung über einen internationalen Gütertausch. Die faschistische Diktatur hat sich gegen das Volk für den Krieg entschieden.

Brot und Arbeit war den Werktätigen vor vier Jahren versprochen worden, Kriegesgefahr und Not sind das Ergebnis von vier Jahren Hitlerregime. Der Versuch, das deutsche Volk durch eine betriebliche Außenpolitik des Kraftmeiertums und Bluffs von seinen inneren Sorgen abzulenken hat zur glänzenden Isolierung geführt. Isoliert von außen, aber auch separiert im Innern, bramabasiert das faschistische Regime seine Neujahrsproklamationen in die Welt.

Eines ist gewiß. Das Ringen um die Seele des deutschen Arbeiters ist für Adolf Hitler bereits verloren. Das zurückliegende Jahr hat eine Reihe von Widerstandsbewegungen in den Betrieben gezeitigt. Die Arbeitsfront trommelt heute vergeblich, die Betriebsarbeiter haben die Lähmung überwunden, die anfangs durch den Raub der Organisationen erzeugt worden war. Sie haben die Lohnfrage in den Brennpunkt der Bewegung gerückt. Sie sind der organisatorischen Gemeinschaft beraubt, die Willensgemeinschaft aber ist geblieben, sie wächst und wird dem neuen Jahr das Gepräge geben mit dem Ruf:

Her mit dem höheren Lohn!

# Brandstifter und Verschwörer

Als Gustloff erschossen worden war, wiesen Schweizer Blätter auf die vergiftende Tätigkeit hin, die er als Leiter der nationalsozialistischen Geheimorganisation in der Schweiz entfaltet hatte. Die hitlerdeutsche Presse bestritt das entschieden. Nationalsozialistische Verschwörergruppen im Ausland — so etwas gibts gar nicht. Weder in der Schweiz noch in anderen Ländern. Wie skrupellos aber die braune Verschwörung im Ausland arbeitet, dafür bietet Spanien ein trauriges, tragisches Beispiel. Am dritten Tage des Franco-Putsches nahmen die Milizen in Barcelona bei der Landesgruppe Spaniens der NSDAP und einigen ihrer Mitglieder gründliche Haussuchung vor. Das Material, das dabei gefunden wurde, ergab mehr und noch Schlimmeres, als man erwartet hatte. Zum ersten Male seit Hitler zur Macht gelangte, wurde ein so umfangreiches und belastendes Material gefunden. Aus Zehntausenden von Briefen, Rundschreiben und Anweisungen war die Auslandswehrlerei des Hakenkreuzes, seine Verschwörung gegen den Frieden und gegen die Demokratie bis in ihre letzten Verästelungen zu erkennen. Diese Tätigkeit der braunen Verschwörer führt direkt in den Aufstand der Rebellen hinein.

Franz Spielhagen hat dieses blutige Anklamaterial zu einem Buche verarbeitet: »Spione und Verschwörer in Spanien«. (Editions du Carrefour.) Ein Tuch ist plötzlich von einem Spitzel- und SpionageNetz weggezogen worden. Es liegt offen und nackt vor dem Blick des Lesers. Harmlos nach außen, böseartig in der unterirdischen Praxis, herrlich getarnt all die großen und kleinen Stützpunkte. Deutsche Konsulate und Gesandtschaften, Handels- und Industriebetriebe, Lufthansa, Importhäuser, Schiff-

fahrtlinien mit ihren Büros — das sind die Stützpunkte. Filialen der Gestapo, geheime Menschenfallen. Fünfzig solcher Ortsgruppen und Nazifilialen hat die Madrider Regierung aufgedeckt. Die Hauptführer wurden bei deutschen Großfirmen und ihren spanischen Vertretungen angestellt.

Was das Buch über die Tätigkeit dieses braunen Apparates berichtet, ist grauenhaft. Da wird Menschenraub betrieben, deutsche Reisende werden überwacht, denunziert, »in Behandlung genommen«, sobald sie ahnungslos in der teuren Heimat landen. Deutsche Pfarrer werden bespitzelt, ihre christlichen Predigten mit Randbemerkungen an die deutschen Heimatbehörden geschickt. Spanische Firmen, spanische Politiker, Hotels und Cafés werden überwacht. Ein Heer bezahlter Spitzel wimmel umher. Die Presse wird korrumpiert, durch Inserate gekauft. Wirtschaftspione pirschen einher. Es gibt auch mal Krach im Spitzelbetrieb, einer schwärzt den anderen an. Kampf um die braune Futterkrippe, Claquekämpfe mit gemeinsten Mitteln und sexuellen Perversionen. Kurz, der braune Sumpf, wie man ihn von unzähligen schmutzigen Affären aus Deutschland her kennt, tut sich auf.

Die Wühlarbeit erstreckt sich auch nach Afrika. Tetuan ist das Hauptquartier. Auf die Mauren und Araber wird faschistische Hetzliteratur losgelassen, Konsulate begünstigen Schmuggel aller Art, antisemitische Pamphlete reizen zu Pogromen auf, Hitler wird den Eingeborenen als Retter, die französische und englische Herrschaft als Verderbnis hingestellt. Das geht von Hand zu Hand, bis in die Karawansereien Aequatorial-Afrikas. Die braunen Agenten halten vor

allem gute Fühlung mit den arabischen Nationalisten. Unruhen, Kämpfe zwischen Arabern und Juden flammen auf. Im Hintergrunde Ribbentrop. In England erklärt er: »Deutschland wünscht die Freundschaft Großbritanniens, den germanischen Völkern gebührt die gemeinsame Führung der Welt — in Afrika und Asien schüren Ribbentrops Freunde und Gehilfen gegen England. Triumphierend berichtet einer seiner Drahtzieher: »Von Indien her über Aegypten bis zu den Grenzen des Suez, am Rand der großen Wüste, überall gärt es...«

Ab und zu beschwert sich Göbbels, daß man in Spanien und Frankreich nicht rascher vorwärts kommt. Die Volksfront diesseits und jenseits der Pyrenäen wird als Hindernis der braunen Propaganda erkannt und berannt. Der Waffenschmuggel nach Spanien, die Konspiration mit der faschistischen Reaktion gegen die spanische Souveränität ist von Anfang an eine Spezialaufgabe der nationalsozialistischen Landesgruppe. Schon 1914 versprach Wilhelms Regierung den Spaniern Gibraltar, wenn sie gegen England in den Krieg eingreifen würden. Diese Linie wird vom Dritten Reich böseartig weitergeführt. Dafür sitzt man ja auch bereits auf den Kanarischen Inseln und richtet dort Konzentrationslager für deutsche Meckerer ein. Im Großen wie im Kleinen wird Deutschlands Mittelmeer-Herrschaft vorbereitet. Dazu gehört, daß Franco siegt.

Dieser Propaganda-Apparat, diese Bestechungs- und Korruptions-Maschinerie kostet Geld. Rund 3 Millionen Peseta werden jährlich für diese Wühlarbeit auf der Iberischen Halbinsel ausgegeben. Man denke sich dazu die Summen für die gleiche Wühlerei in anderen Ländern! Mag das deutsche

# Ehers Friedensbotschaft

## und die deutsche Leserin

Volk dafür ausbluten und auf Fett verzichten. Ab und zu muß auch die Winterhilfe erhalten. So hat die braune Landesgruppe Spanien die im Jahre 1935 gesammelten Winterhilfsgelder nicht zur Unterstützung von Bedürftigen verwendet, sondern sie hat die Summen mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörden für den Bau des Braunen Hauses in Barcelona ausgegeben.

Alle Länder haben ihren Spionageapparat, aber diese ausländischen Hetzorganisationen sind etwas anderes, haben in der Geschichte kein Beispiel, kein Vorbild. Mit dieser Wühlarbeit werden ganze Völker unterminiert, bedroht, korrumpiert, werden Unruhen angesetzt und Kriege provoziert.

Die Welt befürchtet, eines Tages könnte ein europäischer Reichstagsbrand ausbrechen. Er ist schon da. In Spanien lodert er seit fünf Monaten. Wie raffiniert und planmäßig der Brand angestiftet wurde, das kann jeder in Speihagens Buch nachlesen. Auch hier wurde erklärt, daß ein kommunistischer Aufstand für den 28. Juli 1936 geplant sei und daß die Armee sich erheben mußte, um den Untermenschen zuvor zu kommen. Wie beim Reichstagsbrand behaupten die gelehrigen Schüler des Hakenkreuzes, daß ausreichendes Material über den geplanten Aufstand vorliege und zur gegebenen Zeit veröffentlicht werde. Wie beim Reichstagsbrand wird dieses Material der Öffentlichkeit bis heute unterschlagen. Wer hat dieses Material je zu Gesicht bekommen? Niemand.

Die Waffen zum Franco-Putsch lieferte Deutschland vorher und nachher. »Aus einer aufgefangenen Dokumentation der Rebellen ist ersichtlich, daß die Lieferungen an deutschem Kriegsmaterial, Flugzeuge nicht inbegriffen, bis zum 10. November 1936 den Wert von 230 Millionen Reichsmark erreicht haben...« In der faschistischen Presse aber kann man lesen, daß der »russische Bolschewismus« in Spanien »seine Bandene bewaffnet«. Die Methode »Haltet den Dieb!« wird von den faschistischen Diktatoren zu einer Spezialkunst entwickelt.

Die Betroffenen werden die präzisen Angaben des Buches als Verleumdung bezeichnet, aber das Ableugnen wird diesmal unmöglich. Alle Angaben sind im Buche durch faktisierte Dokumente belegt. Die Beweise befinden sich in den Händen der Madrider Regierung. Die Schuldigen stehen am Pranger, die Brandstifter wurden sozusagen mit der Lunte in der Hand photographiert — es wäre nun Sache der zivilisierten Menschheit, dieser Brandstifterei entschieden entgegenzutreten, als bisher.

## Göbbels Film-Propaganda

»Die Ufa meldet: Von den 30 Filmen ihres Verleihprogrammes 1936/37, das im Juli d. J. angekündigt wurde, werden bis Januar sämtliche Filme fertiggestellt sein bis auf zwei Albers-Großfilme, deren Herstellung, im Dezember beginnend, unmittelbar nacheinander erfolgt. Mit dieser außerordentlich beschleunigten Fertigstellung ihrer Filme hat sich die Ufa bemüht, den Anregungen von

In einer deutschen Zeitung schildert eine Frau die Beklemmung, die sie erdulden mußte, als sie dieser Tage ein illustriertes Blatt las:

»Ich blätterte weiter. Meine Augen starrten entsetzt, und bald schüttelte mich ein fassungsloses Schluchzen. Herrgott, ist so etwas Entsetzliches wirklich menschenmöglich im 20. Jahrhundert...? In grausiger Deutlichkeit sah ich sie nun vor mir, die gemarterten, schier zu Fetzen zerschundenen Körper von Geschöpfen, die doch einst atmende Menschen gewesen gleich mir...« Nicht weiter, um Gottes willen, blättere nicht weiter«, durchzuckte es mich, »wird die Zeitung durchs Zugfenster, du hast keine Männernerven, du bist eine Frau...!«

Was liest sie, was sieht sie? Greuel in den deutschen Konzentrationslagern? Liest sie etwa in den authentischen Berichten, die darüber erschienen?

»Und wie von geheimen Zwang getrieben, blätterte meine Finger weiter. Die in mir aufsteigende Uebelkeit wurde erstickt durch erlösendes Weinen, durch den von neuem brennend in mir aufquellenden Haß gegen alle diejenigen, die um der Verwirklichung ihrer alles zerstörenden Idee willen, durch Meere von Blut, Grauen und Chaos schreiten...«

Ja, was um Gottes willen hat sie da? Ist es deutsch, ein schwaches Weib so zu mal-

Reichsminister Dr. Göbbels zu entsprechen... Die Forderungen der Zeit an den deutschen Film werden erfüllt und damit gezeigt, daß der Kampf mit dem Weltfeind, dem Bolschewismus, auch im Film begonnen hat. Sechs Filme stehen ganz unter diesem Motto... »Staatsfeind Nr. 1« wird die große Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, wird ein dokumentarisches Ausmaß sein, wird den »Beglückern der Menschheit« die Maske vom Gesicht reißen, und wird die Arbeitsmethoden und Tarnungen zeigen, deren sich diese Geißel der Menschheit bedient. »Mein Sohn, der Minister«, nach dem Bühnenstück von Mirabeau, wird die Satire auf den Parlamentarismus, seine Auswüchse, seine Korruptionserscheinungen, wird ein ironisches Filmkapitel aus überwundener Zeit sein. Ein Film um Bela Kun wird sich mit den Revolutionswirren in Ungarn beschäftigen, Hauptschauplatz ist die Budapester Oper, den Rahmen bildet die Oper »Tosca«, die weibliche Hauptrolle wird Maria Cebotari spielen. Zwei Filme greifen auf Weltkriegsereignisse zurück. »Unternehmen Michael« bringt eine Episode vom heldenmütigen Kampf einer kleinen Schar im Trommelfeuer der Westfront, er soll eine Verherrlichung von Mannesmut und Kampftum werden, ein Heldenlied vom »Grauen Soldaten«; »Freibeuter« ist der Titel eines Films, der sich die Taten des

trätieren? Sieht sie eine Nacht der langen Messer, für die einst die Nazis schwärmten? Sieht sie etwa Bunker und steinerne Stehsärge? Oder die in Konzentrationslagern geschundenen Pfarrer, von denen vor nicht allzu langer Zeit ein christlichsoziales Blatt der CSR berichtete? Oder die Marokkaner und deutschen Truppen auf Francos Seite?

»Und weiter blättere ich die Seiten um. Nein, sie verdienen den Namen »Mensch« nicht, diese vertierten... Fratzen, die mir da mit schreckhafter Deutlichkeit entgegenblickten, und deren Träger wenig anderes tun, als Bluturteile zu unterschreiben und zu vollziehen...«

Was denn, was denn? Bluturteile unterschreiben... Sie meint doch nicht etwa... meint doch nicht etwa die vielen Todesurteile, die in Deutschland seit dem Reichstagsbrand an Marxisten vollzogen wurden? Zugegeben, schlimm ist das alles, aber wer wird deshalb so schreien! Einige andere Delinquenten wurden übrigens begnadigt, reiner Zufall, daß es keine Politischen, sondern durch die Bank Frauenmörder waren. Oder schreit sie wegen der neuen Todesstrafe, die dem droht, der mit einigen hundert Mark über die Grenze geht?

»Wie können denkende Wesen, wie kann ein Volk Vertrauen haben zu solchen »Führern«?! Wie können selbst einzelne

deutsche Volksgenossen noch ihr Heil in dem erblicken, was jene »Führer«, deren Aussehen allein schon dämonhaft wirkt, verkünden und schießen?

Jetzt hakt es aus! In einer deutschen Zeitung, im Königsberger Naziblatt ist eine solche Attacke gegen die braunen Diktatoren möglich? Ist die Hungerrevolte ausgebrochen? Verfiel ein Blatt dem Wahrheitsdelirium? Nein, nichts von alledem, beruhigt euch, zumal sich ja auch die Dame gleich wieder in der Gewalt haben wird:

»Einen Trost jetzt, flüchte ich innerlich, »sein Gegengewicht gegen all das Böse, das ich nun gesehen habe und das mich bis zum Zittern erregt.« Und um meine Nerven zu beruhigen, griff ich nach einer der anderen illustrierten Zeitungen. Sie brachten deutsche Bilder, von den Führern des Staates, von Land und Volk. Und ich empfing, gleichsam wie ein Geschenk, den Trost, nach dem es mich gerade jetzt so heiß verlangte!«

Und damit hätten auch wir endlich das Schwerste überstanden. Vorher nämlich schilderte die Dame in jenem Naziblatt das Entsetzen, dem sie verfiel, als sie »Antikomintern«, das neueste Sonderheft des braunen »Illustrierten Beobachters«, durchblättere. Es ist ausschließlich gegen Rußland gerichtet und sozusagen eine bebilderte Weihnachtsfriedensgabe des Eher-Konzerns... Br.

Hilfskreuzers »Wolf« zum Inhalt genommen hat, er wird den Kampf zur See, die Taten der Marine verherrlichen. Bleibt noch zu nennen »Boris und Irina«, ein Film, der im heutigen Sowjetrußland spielt, der von der Liebe zweier Menschenkinder künden wird, die nach unsäglichen Mühen und Qualen aus der roten Hölle fliehen können. Neben diesen politisch betonten Themen wird ein Film sich mit den durch den Nationalsozialismus geschaffenen Institutionen beschäftigen...

Ein anderer Filmreklamartikel des »Völkischen Beobachters«, der sich mehr dem Geschäft mit der Heimat widmet, ist in mancher Hinsicht noch deutlicher. Balkenüberschrift: »Er trägt die Heimat in die Welt. Der Film im Dienst der Auslandsorganisationen der NSDAP Regelmäßige Filmaufführungen für die Auslandsdeutschen. Die Ortsgruppen filmen ihre großen Tage!«

»Im Rahmen der Gesamtarbeit der Auslandsorganisationen der NSDAP spielt der Film eine nicht unwichtige Rolle. Das wird doppelt verständlich, wenn man erfährt, daß die in aller Welt verstreut lebenden Deutschen durch die wahr und beredt sprechenden Bilder ein Stück Heimat, ihre Arbeit, ihr Wesen und Wollen vermittelt bekommen... Viermal im Jahr gehen diese Kurztonfilme, wie man sie nennen möchte, in alle Welt hinaus, um den Auslandsdeutschen

möglichst einen lebendigen Eindruck von den Ereignissen und Vorgängen in ihrer Heimat zu bieten.

Von weither kommen sie zusammen, um die Stimme des Führers oder von einem seiner Getreuen, um die farbenprächtigen Bilder in sich aufzunehmen. Aber auch die Landesgruppen bemühen sich, um die Herstellung von eigenen Filmen aus ihrer Wahlheimat.«

Der deutsche Film steht im Dienste des neuen deutschen Militarismus, er ist weder Kunst noch Unterhaltung, sondern Propaganda.

## Ufas Klage

In der letzten Generalversammlung der Ufa gab es allerhand Quäl. Die Aktionäre räsonierten über den schlechten Geschäftsgang. Wieder gab es für das abgelaufene Geschäftsjahr keine Dividende, die Gehälter der Vorstandsmitglieder seien zu hoch, die Stargagen ebenfalls, die Filme mangelhaft. »Geheimrat Hugenbergs«, so liest man in der Nazipresse, »erwiderte als Aufsichtsratsvorsitzender, daß der Vorstand keineswegs Schuld daran sei, daß die Gesellschaft keine Dividende ausschütten könne. Es gäbe hier Dinge, deren man nicht Herr sei...«

Das ist ein deutlicher Stoß gegen Göbbels. Denn zu diesen »Dingen« gehören die Zensur, der Maulkorb, die politische Gebundenheit und die dadurch bedingte Engigkeit und Humorlosigkeit der deutschen Filme.

## Der Haß gegen das freie Wort

Menschenraub aus dem 18. Jahrhundert.

Christian Friedrich Schubart, Dichter, Publizist und Musiker, war einer der Sterne der Geniezeit, der Zeit der Lenz und Klinger und des jungen Goethe. Die literarische Tat seines Lebens war seine »Deutsche Chronik«, die er seit dem Jahre 1773 herausgab. Seine kräftigen Aufsätze sicherten ihr für die damalige Zeit ungewöhnliche Verbreitung, sie gaben ihm große Popularität — aber sie zogen ihm auch den Haß der weltlichen und kirchlichen Machthaber zu. Nur einen Hut voll von der Freiheit Englands hatte er für Deutschland gewünscht — er büßte es mit physischer und moralischer Vernichtung. Herzog Karl Eugen von Württemberg — Schillers Tyrann — ließ ihn einkertern.

Der Haß gegen den Geist und die Freiheit, der ihn verfolgte, die Willkür, die ihn mit Hilfe eines Schurkenstreichs gefangen nahm, — das ist nicht eine Geschichte aus dem 18. Jahrhundert, sondern eine Geschichte von heute. So wie sie Schubart selbst, in seiner Lebensbeschreibung schildert (Schubarts Leben und Gesinnungen. Von ihm selbst im Kerker aufgesetzt), zeigt sie wie im Lichte eines Blitzes die Ewigkeit des Ringens zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Freiheitsdurst und kalter Niedertracht der Mächtigen. Die Männer des Dritten Reiches sind die Nachahmer der Tyrannen von damals.

## Rechtlos . . .

So sehr sich inzwischen meine Chronik in und außerhalb Deutschland ausbreitete

— denn es kamen Stücke nach London, Paris, Amsterdam und Petersburg —, so mannigfaltig war doch der Verdrub, den ich mir damit zuzog. Die Höfe Mainz und Zweibrücken und selbst der französische Hof glaubten darin beleidigt zu sein und verlangten Widerruf. Eine aus Berlin empfangene Anekdote, die ich aufnahm, hetzte mir die ganze dasige Hofmusik auf den Hals... Ueberdem war ich fast alles Schutzes beraubt. Ich war nicht Bürger in Ulm, nicht in Aalen, nicht in Geislingen; — war nur Weltbürger, dessen Rechte man zwar im allgemeinen, aber nicht in besonderen Fällen gelten läßt.

## Der Befehl zum Menschenraub

»Dieser sich nunmehr zu Ulm aufhaltende Mann fährt bekanntermaßen in seinem Geleise fort, und hat es bereits in der Unverschämtheit so weit gebracht, daß fast kein gekröntes Haupt und kein Fürst auf dem Erdboden ist, so »nicht von ihm in seinen herausgegebenen Schriften auf das freventlichste angetastet worden, welches Se. Herzogl. Durchl. schon seit geraumer Zeit auf den Entschluß gebracht, dessen habhaft zu werden, um durch sichere Verwahrung seiner Person die menschliche Gesellschaft von diesem unwürdigen und ansteckenden Gliede zu reinigen.

Sich dieserwegen an den Magistrat zu Ulm zu wenden, halten Höchst dieselbe für zu weitläufig und dürfte vielleicht den vorgesezten Endzweck gänzlich verfehlen machen; wohingegen solcher am besten da-

durch zu erreichen wäre, wenn Schubart unter einem scheinbaren oder seinen Sitten und Leidenschaften anpassenden Vorwande auf unstreitig Herzogl. Württembergischen Grund und Boden gelockt und daseibst sofort gefänglich niedergeworfen werden könnte.

Gleichwie aber die gute Ausführung dieses gnädigsten Auftrags hauptsächlich auf der strengsten Geheimhaltung des Ganzen beruhet; also wollen auch Se. Herzogl. Durchlaucht Sich zu ihm Oberamtman Scholl in Gnaden versehen, derselbe werde hierinnen, so lieb ihm Höchstdero Herzogl. Huld und Protection nur immer seyn kann, das unverbrüchlichste Stillschweigen gegen jedermann beobachten, und überhaupt nach seinen theuren Pflichten klug und behutsam zu Werke zu gehen sich nach Kräften bestreben.

Decretum Stuttgart den 18ten Jenner, 1777.

Carl, H. z. W. u. T.

## Der Schurkenstreich

»Den 22. Jänner 1777 kam der Klosteramtman Scholl von Blaubeuren, den ich schon ehemals kennenlernte, zu mir und lud mich zum Mittagessen im Baumstark. Ich hatte eben Musik und wollte abends Konzert geben. Ich nahm indes seine Einladung an. Als ich mit ihm hinging, sagte er ganz furchtsam: »Sie könnten mir einen sehr großen Gefallen erweisen... Mein

Schwager, der Professor B—r von E—g ist bei mir und wünscht Sie kennenzulernen.«

»Der kennt mich ja schon von Stuttgart her, und dazu muß ich morgen meine Chronik schreiben. Doch ich gehe mit Ihnen, mein Chronikblatt soll dennoch fertig werden.«

Mein letztes Blatt war das siebente Stück des 1777. Jahres und meine letzte öffentliche Arbeit das angehängte Memento mori für Kunstrichter.

So willig und so ohne alle Vorsicht eilte ich in die mir gelegte Schlinge... Ich speiste mit meinem Todesengel und brachte den Tag ziemlich vergnügt zu. Nach dem Konzert holte mich mein Weib ab und ging so stumm, so schwertragend neben mir nach Hause, daß ich sie über ihre Schwermut zur Rede setzte. »Ich weiß nicht, wie mir ist«, sagte sie und ließ eine Träne fallen. — Ich schlief das letztmal in ihren Armen — so sanft und ruhig, als ich lange Zeit nicht geschlafen hatte...

Der Tag brach an; ich stand auf, kleidete mich an. Meine Kinder schwiegen um mich herum, meine Gattin bangte. Der Schlitten klümperte vor dem Hause, der mich in Baumstark führen sollte. »Leb' wohl, Weib!« Sie bot mir die Hand, ward bleicher, alle Muskeln ihres Angesichts zitterten. »Kann denn dieser Fremde nicht zu dir kommen?« — Und das war das letzte Wort aus dem Munde meiner Lieben. Ich eilte die Stiege hinunter, bestieg den Schlitten. Mein Sohn, dem das Likörgezicht des Klosteramtmannes wie Wurm-samen zuwider war, schrie aus dem Fenster mir nach: »Papa, kommen Sie bald!«...

## Eintopf bei ganz feinen Leuten

Ein Beitrag zur Gastronomie der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft.

Es ist die pikante, nur von höheren Lebewesen meist weiblicher Natur geliebte und gelebte Zeitschrift »Die Dame«, die jetzt Auskunft über die »Volksgemeinschaft« Adolf Hitlers vom berechtigten und unabwiesbaren Standpunkt der Verdauung gibt. Es geschieht in einer ihrer letzten Nummern vermittelt einer Plauderei des sonst ein wenig aus der Mode gekommenen Romanciers Friedrich Freksa: er ist es, der den »Eintopf« als letzte und edelste Frucht am Lebensbaume des »deutschen Sozialismus« erkannt, durchschaut, auf seine moralischen ebenso, wie naturalistischen Bestandteile hin gewissenhaft durchwühlt hat.

Das heißt: wohlgemerkt, der Eintopf der »feinen Leute«, um bei Göbbels und seinem Sprachkatechismus für solche, die noch immer darauf hinfallen, zu bleiben! Der Eintopf der noblen Pinkels! Soll das ein Unterschied sein, wenn grüne Erbsen schließlich unter jeder Klassenordnung eben grüne Erbsen sind und bleiben und wenn der blaue Heiserich nicht blauer wird, auch wenn man ihn noch so sehr in der wahren und vorgeschriebenen nationalsozialistischen Gesinnung aufrührt? Nun, wir werden durch Freksa hinreichend belehrt, Ruhm sei, wem Ruhm gebührt!

Vielleicht war es nur ein Versehen des Metteurs, daß sich dicht neben die genannte Freksas Kostprobe, die das in jedem Betracht ist, in gotisch der Kernspruch der »Winterhilfe« in jener »Damens«-Nummer breitbeinig aufgepflanzt hat:

»Laßt Deutschland

Im ärmsten Bruder erloben,  
Daß die Kraft des Glaubens  
In Ewigkeit  
Zu opfern bereit  
Uns wiedergegeben:  
Jeder für alle —  
So erfüllt sich die Zeit!«

Zeit oder Eintopf — auf jeden Fall »erfüllt sich« hier etwas sehr ostentativ und naturwissenschaftlich genau; wir werden's gleich sehen! Es ist nur eine reichlich komplizierte, mit mannigfachen Schwierigkeiten teils aus dem Gebiete der organischen Chemie, teils der Moralphilosophie verbundene Angelegenheit — das mit dem Eintopf der feinen Leute. Warum nicht Eintopf, wenn sie so gloriös einst vor dem Bolschewismus bewahrt worden sind? Das sollen sie nicht auf den Knien oder doch in den Bäuchen danken — Freksa demonstriert, wie es zu machen geht — — —

Wenn der Deutsche irgend einen bitteren Geschmack auf der Zunge, einen üblen Geruch in der Nase und einen seelischen Floh in der Herzgegend mit sich herumträgt, wird ihm sofort wohl, wenn er sich klar machen kann, mit welchen wissenschaftlichen Zusammenhängen er es bei besagtem Phänomen zu tun hat. Laßt einen echten Deutschen Grippe haben — zuerst sieht er dann im Brockhaus nach, wann und von wem der Influenza-

Auf die entscheidende Umwälzung, die der Seekrieg in der Nordsee und Ostsee durch den Einsatz der neuen deutschen Kampf-Schnellboote erfahren wird, ist schon von verschiedener Seite aufmerksam gemacht worden.

Auch über die Angriffstaktik, die diese Boote gegen größere Einheiten anwenden, ist man sich klar. Die Kampfboote werden — ein winziges, für die Schiffsartillerie schwer erreichbares Ziel — mit unerhörter Geschwindigkeit heranbrausen. Im richtigen Abstand werden sie zwei Torpedos aus den Lanzierrohren stoßen. Dann drehen sie sich am Ort — wie Pferde auf den Hinterfüßen — und rasen mit gleicher Geschwindigkeit wieder aus dem Schußbereich.

Daß ein solches Manöver nur mit der ganzen Exaktheit eines wirklich modernen Seekriegsmittels erfolgreich durchgeführt werden kann, ist klar. Eben darum hat Deutschland allen Wert darauf gelegt, technische Einzelheiten dieses Schnellboottyps nicht bekannt werden zu lassen. Trotzdem ist es den Baufirmen nicht möglich, die Produktion so abzudichten, daß nicht nach einiger Zeit auch Einzelheiten der Boote rekonstruiert werden können. Aus einer Reihe von Daten dieser Baufirmen, die, nebensächlich und unkenntlich erscheinend, die deutsche Militärzensur passierten, ergibt sich:

Wasserverdrängung: 15 Tonnen  
Gesamtlänge: 16 Meter  
Motorenzahl: 2 Schweröl-Diesel

bazillus entdeckt worden ist. Ein bißchen kulturhistorischer Senf drauf — und dieselben Deutschen finden ihre Regenschirme äußerst schmackhaft. Freksa weiß um diese Nationaltugend. So beginnt er denn seine Enthüllungen über den »besseren« Eintopf ungefähr so, als käme er von nächtelanger Forscherarbeit direkt aus dem Britischen Museum:

»Die Eintopftage sind volkstümlich geworden. Sie haben ihren Sinn erfüllt, wenn auf der wohlgeschmückten Tafel (!) das Gericht erscheint und das Gedanken an die Volksgenossen wachruft, für die ein solcher Topf ein Festmahl ist. Aber hat sich denn schon einer erinnert, daß Eintopfgerichte die echte Speise der Urzeit darstellen? Vor Tausenden von Jahren war der Koohtopf das Zeichen mütterlicher Kultur...«

Ja freilich, wie könnte nach dieser gewichtigen Feststellung ein Deutscher, und wäre er selbst General der Flieger, einen Eintopf als standesunwürdig noch verschmähen, wenn er hört, daß es sich um keinen gewöhnlichen, sondern eben um einen mütterlichen Topf handelt —?! Zwar ist es ein bißchen unlogisch, das Phänomen schon gleich volkstümlich zu nennen, wenn man erst auf verschlungenen Wegen ins Neandertal klettern muß, um es in seiner ganzen Größe zu verstehen. Aber das macht ja erst den Appetit, nicht wahr?

Und nun kann das mit dem Eintopf der

# Neue Kriegswaffen

## Deutsche Kampf-Schnellboote ohne Schiffsschrauben

Gesamthubvolumen: 30 Liter  
Motorenleistung: 1250 Pferdestärken  
Armierung: zwei 50-cm-Torpedorohre  
Bemannung: 4 Mann  
Geschwindigkeit: 80 km in der Stunde.

Ueber diese moderne Ausrüstung hinaus waren aber noch einige wichtige technische Anforderungen an das Kampfboot zu stellen, die, wie sich zeigte, der bisher allgemein verwendete Antrieb mit Schiffsschrauben nicht mehr erfüllen konnte.

Hat sich ein Kampfboot in rasendem Tempo seinem Schußziel auf Torpedier-Entfernung genähert, so muß es innerhalb von Sekunden auf geringste Fahrgeschwindigkeit abstoppen können. Es muß nun bei kleiner Fahrt auf die Stampfbewegungen der See wenig reagieren, um dem Torpedo eine stabile Abschussbasis zu geben.

Jetzt, im Augenblick nach dem Abschuss, muß das Boot, ohne noch einen Meter dem Schußziel näher zu treiben, wenden und zurückschwenken.

Alle diese Bedingungen konnte die Schiffsschraube und die durch sie bedingte Bootsform nicht mehr erfüllen. Die in der Längsachse der Boote kreisende Schiffsschraube wurde für diesen Schiffstyp zum Altfeind geworfen und durch den Voith-Schneider-Propeller ersetzt.

Das Prinzip der Schiffsschraube, die sich in das Wasser wie in eine Schraubenmutter hineinschraubt, ist aufgegeben. Die Voith-Schneider-Propeller stehen senkrecht zur

Bootschase unter dem nun flachen Hinterteil der Kampfboote. Die neuen Propeller gleichen Wasserrädern. Der rechte davon dreht sich im Uhrzeigersinn, der linke entgegengesetzt. Die einzelnen Propellerschaukeln gehen wie Ruderblätter durch das Wasser. Beim Rückwärtsstoßen drücken sie mit ganzer Fläche, beim Vorwärtsgehen werden sie automatisch mit ihrer schmalen Kante durch das Wasser gezogen.

Durch Hebelstellung werden die automatischen Bewegungen der einzelnen Propellerschaukeln geändert. Dadurch kann Stoppen und Wenden mit ganzer Maschinenkraft durchgeführt werden.

Die Ersetzung der Schiffsschraube durch den in Deutschland konstruierten und im Bodensee in langen Versuchen ausprobierten Voith-Schneider-Propeller, bringt den deutschen Kampfbooten ohne Zweifel eine taktische Ueberlegenheit gegenüber den mit Schiffsschrauben ausgerüsteten Typen.

Nach amtlichen Mitteilungen besaß Deutschland am 1. April 1936 angeblich nur 17 Kampf-Schnellboote, für die man zudem eine Bauzeit von 1929 bis 1935 angab. Nach diesem amtlichen Bauplan sollten weiter bloß vier Kampfboote im Bau sein. Dabei ist es sicher, daß allein von dem geschilderten, mit Voith-Schneider-Propellern ausgerüsteten Kampfboottyp in einigen Monaten — bis August dieses Jahres — zweiunddreißig Schiffe in Dienst gestellt wurden.

Ing. Kurt Doberer.

Steuerzahler erster Klasse, der Mercedes-Benz-Fahrer, kurz aller, die der »Führer« und sein Ribbentrop mit Hilfe des Mikado und der »gelben Gefahr« programmäßig vom Bolschewismus bewahrt, folgendermaßen feierlich losgehen:

»Es muß vor allem bemerkt werden, daß der Eintopf nicht umgestürzt werden darf in einer Suppenterrine oder großen Schüssel. Es gibt eine ganze Reihe von Geschirren, die an sich sehr ästhetisch wirken, so zum Beispiel Jenaer Glas oder auch blankes, nicht russige Kupfer- und Zinnkessel. Da kann man in ein schönes großes Gefäß von Jenaer Glas auf dem Grunde Sauerkraut, darüber zerstampfte gekochte Kartoffeln, mit Milch püreeartig angeeizt, anbringen; wölze diese Kartoffeln ein wenig mit Zwiebel oder Thymian, und darauf tue Würstchen, nicht zu dicke Scheiben fetten Schweinefleisches und gut abgehäutete, in Stücke geschnittene Schweins-, Schafs- und Kalbszungen.«

Da soll, mit Jenaer Glas, mit blanken Kupferkesseln, mit Thymian, mit fetten Schweinefleischscheiben, mit Kalbs- und anderen Zungen so ein Eintopf nicht sein Mutterrecht 'rausschinden — das wäre gelacht!

Und wenn's dann noch folgendermaßen weitergeht — und das so in Bildern, daß es selbst dem größten Staatsfeind und verbissenen Antifaschisten das warme Wasser im verbrecherischen, jüdisch verseuchten Gauen zusammenreibt —:

»Man kann natürlich... noch hinzutun: Reste von Hühner- und Gänsefleisch, sehr klein gewürfeltes Schweinefleisch oder auch Schinken und Reste von Wildfleisch...«

— nun ja, natürlich »kann man das! Voraussetzung ist freilich immer, daß uns diese Art von Volksgemeinschaft, in der man so sinnig, geschmackvoll und wohlschmeckend »im ärmsten Volksgenossen« etwas erlebt, uns möglichst lange erhalten bleibt. Und da sei allerdings das Hakenkreuz vor!

F. E. Roth.

## Weltanschauliche Tanzlehrer

Im Dritten Reich wird alles obrigkeitlich erledigt — selbst die Tanzlehrer müssen parteiamtlich abgestempelt werden. Der Präsident der Reichstheaterkammer hat im Rahmen einer »Anordnung, betr. Standesordnung für die deutschen Tanzlehrer« eine Prüfungsordnung erlassen. Die Prüfung ist praktisch, mündlich und schriftlich. In der schriftlichen Prüfung muß eine Reihe von Hauptfächern bearbeitet werden. Dazu gehören: »Allgemeine Wirtschaftslehre« und »Die weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus (allgemeine Staatslehre, Rassekunde, Kulturpolitik)«.

Da frag ich nun an der Seite meines Führers über beschneite Gefilde weg; weg von Freunden, die ich viele dunkle Monde nicht mehr sehen sollte — mit dem Dolche der Ahnung in der Seele. Ich hatte Mühe, Tränen abzuhalten. »Es wird dir doch kein Unglück begegnen?« das war alles, was ich dachte, was mir wie ein geflügelter Feuerpfeil in der Seele brannte. Mein Führer, ganz in seinen schwarzen Entwurf versunken und vielleicht die Vorteile berechnend, die ihm ein Fang dieser Art verschaffen konnte, sprach nur sehr wenig — und ich sonst so redseliger Pilger war zur Bildsäule erstarrt. Zwei auf Gebirgen stehende zerstörte Schlösser, dicht bei Blaubeuren, weckten meine Phantasie, und ich streifte eben in den heroischen Zelten des alten Deutschlands herum, als der Schlitten hielt und ich von meinem Begleiter in sein Zimmer geführt wurde.

Der erste Eintritt ins Zimmer weisste schon nichts Gutes. Da war niemand, der mich bewillkommnete, war alles so stille wie in einem Leichenhause. Selbst mein Führer verließ mich, und ich war nun bei einem Mädchen allein, das traurig an der Kunkel saß und mir, so oft die Spindel auf dem Boden kreiste, mit stillem Mitleid in die Augen sah. Ich nahm ein Buch vom Gesimse — es war Sebaldus Nothanger. Da fielen mir Chodowieckis Pfaffenphysiognomien mit neuem widrigen Eindrucke ins Gesicht. — Und nun öffnete sich plötzlich die Tür, der Major von Varenbühler trat an der Spitze des Grafen von Sponeck, des blaubeurischen Oberamtmanns und — meines Führers herein und kündigte mir

auf Befehl seines durchlauchtigsten Herzogs Arrest an. Ich hielt es für Scherz, weil ich den Herrn von Varenbühler noch von Ludwigsburg her sehr genau kannte. Aber seine betroffene Miene und einige bestimmtere Ausdrücke bewiesen mir bald den vollen Ernst seines Auftrags. »Ich hoffe, der Herzog werde mich nicht ungehört verdammen, noch weniger mich im Kerker verfaulen lassen.« Das sagte ich mit einer Fassung, die für einen so flüchtigen Menschen, wie ich war, nicht stärker und männlicher sein konnte. Der Major zeigte viel unverstelltes Mitleiden im Antlitz. Scholl aber ging mit seinem Weibe im Zimmer herum und wimmerte: »Mir ist's leid! Gott weiß, mir ist's leid!« Ob sein Mitleid unverstellt war, mag Gott entscheiden — der Seelenblicker. Das erwähnte Mädchen fuhr von der Kunkel auf und barg ihr tränendes Gesicht in die Schürze. Graf Sponeck blieb kalt, als Oberforstmeister war ihm ein Fang nichts Neues. — Des Mitleids ganzen vollen Trost sprach das Angesicht des blaubeurischen Oberamtmanns Oetinger. Er drückte mir brüderlich die Hand, sprach mir Mut zu und gab mir seine Handschuhe auf die Reise...

Man erlaubte mir, an mein Weib zu schreiben, aber meine Hand war gelähmt. Ich aß nichts zu Mittag und stieg, wie ein Missetäter vom gaffenden Pöbel umflutet, in den Reisewagen. Der Major saß bei mir und war stummer als ich. »Oh, mein Weib und meine Kinder!« nur dies dachte ich, seufzte ich, stammelte ich. »Sie sind am Bettelstabe«, sagte ich zum Major, »ich habe

ihnen kaum für ein paar Tage Bedürfnisse hinterlassen. Was werden sie sagen, wenn die Nachricht auf sie hindonnert: dein Mann, euer Vater ist gefangen?«

Schauer fuhr durch mein Gebein, als sich der Asperg vor mir aus seinem blauen Schleier enthüllte. »Was wird dich dort erwarten?« — so dachte ich, als der Wagen bereits vor der Festung stille hielt. Der Herzog war selbst zugegen und bezeichnete den Kerker, in dem man mich verwahren sollte. — Wemman mit eiskalter Hand ins Herz greift, dem ist's nicht banger als mir. Der Kommandant Rieger, ein durch seine rasche Tätigkeit, süße und bittere Schicksale, gute und böse Gerüchte in Deutschland sehr bekannter Name, kam sogleich zu mir; ich empfahl mich seinem Mitleid; mein Führer nahm Abschied, und ich wurde in den Turm geführt, dicht am Zimmer vorbei, von dem der Herzog und seine Gemahlin herunter-schauten.

Jetzt rasselte die Tür hinter mir zu, und ich war allein — in einem grauen, düstern Felsenloche allein! Ich stand und starrte vor Entsetzen wie einer, den die donnernde Woge verschlang und dessen Seele nun im schaurigen Scheol erwacht. — Hier in dieser Schauergrötte, in diesem Jammergeklüfte sollte ich 377 Tage Leben verächten! — Die Mandarins sagen: Es gibt nur eine Hölle — das Gefängnis. — Diese Hölle schlug nun ihre Flügel über mir zusammen; hüllte mich ein in ihre schreckliche Nacht und gelbte mich mit ihren Flammen! —

Als die Betäubung mit ihrem eisernen Arm von mir abließ, da versank ich in die

tiefste, dicht an Verzweiflung grenzende Schwermut. Ich saß ganze Stunden starr und unbeweglich auf meinem Strohbette, betrachtete die öde, schweigende Wand und den eisernen Ring, der darin eingemauert war, um mich nach dem Befehle des Fürsten daran zu ketten, wenn ich nur im geringsten was versehen sollte. Ich sah mich schon in der Kette und hörte sie rasseln am zitternden Arm und klirren am bebenden Fuße. — Für mein freies Gemüt war nichts Schrecklicheres als die Kette.«

Schubart war auf dem Hohen Asperg zehn Jahre gefangen.

## Deutsche Berufswahl

»Die Verwendung der Schüler der Ordensburgen im künftigen Dienst ist durch den großen Bedarf der NSDAP an vielseitig ausgebildeten Führernachwuchs durchaus gesichert.« (»Völkischer Beobachter«, 10. November 1936.)

»Noch immer erscheint es notwendig, einer Ueberfüllung des Berufs des Lehrers und der Lehrerin an höheren Schulen vorzubeugen. In Sachsen hat man sich daher entschlossen, von den Abiturienten und Abiturientinnen der höheren Schulen des Jahres 1937 nur eine noch festzusetzende Zahl zum Studium für das Lehramt an höheren Schulen zuzulassen... Die Anordnung gilt sinngemäß für diejenigen Oberprimaner, die einen Beruf ergreifen möchten, für den das Bestehen der Prüfung für das höhere Schullehramt erwünscht oder Voraussetzung ist.« (»Leipziger Neueste Nachrichten«, 7. November 1936.)

# Buchdrucker tagen im Dritten Reich

## Verhöhnung einer qualifizierten Arbeiterschaft

In der Geschichte der Arbeitergewerkschaften nehmen die deutschen Buchdrucker eine hervorragende Stelle ein. Die Anfänge ihres zentralen Berufsverbandes reichen bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurück. Der erste »Nationale Buchdruckerverein« hatte sich im Juli 1848 auf der damaligen Mainzer Tagung ein vorbildlich soziales Programm gegeben. Ebenso ist der erste Setzer- und Druckertarif, in dem zum erstenmal vertragliche Schiedsgerichte vorgesehen waren, damals geschaffen worden. In der Folgezeit war die gewerkschaftliche Buchdruckerorganisation ein Vorbild für solidarische Selbsthilfe und berufliches Ausbildungswesen. Die organisierten Buchdrucker waren Pioniere der späteren staatlichen Sozialpolitik, sie wußten die Selbstverwaltung der Arbeiterschaft zur höchsten Entfaltung zu bringen.

Es blieb dem deutschen Faschismus vorbehalten, die hohe sittliche und ethische Bedeutung, wie sie dieser Berufsgewerkschaft innewohnte, in ein hohles Pathos von »Kameradschaft« umzubiegen, die Gewerkschaft durch eine »Reichsbetriebsgemeinschaft Druck« ersetzen zu wollen.

Geradezu lächerlich wirken die Berichte, die jetzt im »Korrespondent« über die Reichstagung veröffentlicht werden, die Ende November in Leipzig stattgefunden hat. Was mußten diese geistig hochstehenden Arbeiter an solchen Bierreden und Jahrmärkten umherlaufen über sich ergehen lassen, wie durfte die Stadt des Buches, die sich anschiebt im Jahre 1940 die 500-Jahr-Feler Gutenberg zu begehen, von braunen Barbaren entweiht werden, die Deutschlands beste Literatur geschändet haben.

Diese Tagung war lebendiger Anschauungsunterricht für den kulturellen Verfall des Dritten Reiches und für die Mißachtung der »Ehre der Arbeit«. Die Buchdruckkunst hatte zunächst im Gleichschritt zum Betriebsappell der Firma Glieseke & Devrient aufzumarschieren. Der Betriebsführer meldet seinem Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter die angetretenen Gefolgschaften, der in ein »Sieg Heil« auf den Führer ausbricht. Dieser Betriebsappell hatte, wie es heißt, »allen Teilnehmern echten und rechten Auftrieb gegeben«. Ein in weiten Kreisen der schaffenden Buchdrucker unbekannter Pg. Ebenböck erzählte von »Gemeinschaftsinn, Gemeinschaftsstat und Kameradschaft«, einige Reichsinnungsmeister legten »ihre Bekenntnis zur Gemeinschaft« ab. Es wird vom »Bildungstreben« der Nazis geredet und Ley behauptet auf einer Massenversammlung in Leipzig, wider besseres Wissen:

»Gerade der intelligente Arbeiter, zu dem ja vor allem der graphische zu zählen ist, ist heute in den Betrieben der erste Vorkämpfer des Nationalsozialismus.«

Es fehlte nur noch, daß auch Ley sich zu den graphischen Arbeitern gezählt hätte. Den Höhepunkt der Tagung bildete eine sportliche Veranstaltung der 1. Deutschen Zeitungsfahrer-Meisterschaft. Ueber die Sonder-tagungen der Fachgruppen wird »wegen Raummangel« nicht berichtet. Dort sollen die Amtswalter und Gefolgschaftsmitglieder einige Wahrheiten über die Beliebtheit des Nationalsozialismus unter den graphischen intelligenten Arbeitern berichtet haben. Das Fachblatt wimmelt von ausgestreckten Händen, die den Führer grüßen. Für die »Randbemerkungen«, die einige wenige Worte zur »gewerblichen Lage« bringen, ist kaum Platz übriggeblieben. Wir lesen da:

»In Brandenburg wurde nach Beendigung der Arbeiten für die Olympiade eine Reihe von Arbeitskräften wieder entlassen. In Pommern mußte ein größerer Betrieb in Stettin schließen, wodurch sich die Lage in diesem Bezirk verschlechterte. In den Bezirken Nordmark, Rheinland und Sachsen war die Beschäftigungsmöglichkeit nur vorübergehend besser, im Arbeitsmarktbezirk Köln mußten verschiedene Großdruckereien wegen Arbeitsmangel Entlassungen vornehmen. In Hessen wurden männliche Personen wenig angefordert, meist nur zur Aushilfe. In Mitteleuropa waren nur einige Aushilfsstellen zu besetzen. In Bayern (Arbeitsamt München) kam es zu Entlassungen von Setzern, Druckern und Maschinensetzern, die Lage in Südwestdeutschland war nur wenig verändert. Nach wie vor ist im saarländischen Buchdruckgewerbe viel Kurzarbeit zu finden. Trotzdem erlaubt sich der Leiter eines großen Industrieunternehmens mit der charakteristischen Entrüstung Luft zu machen: »Hört denn die Drucksachenbettlei noch nicht auf?«

Auf der »Großkundgebung« in Leipzig durften die Buchdrucker über diese Lage ihres Gewerbes nichts vernehmen, sie wurden mit »Genütuung über die Erfolge« beglückt.

»Es muß dahin kommen, orakelte Ley, »daß in den Städten nicht die Denkmäler und Museen Sehenswürdigkeiten sind, sondern die Betriebe.«

Nach den vorstehenden Lageberichten dürften allerdings die noch beschäftigten Betriebe im graphischen Gewerbe bald zu Sehenswürdigkeiten werden.

Der »Korrespondent« klagt in seinen Randbemerkungen, daß bei den Bildungsveranstaltungen ganze Gefolgschaften ausfallen. Es sei durch Umfrage festgestellt worden, daß die Einladungs- und Mahndrucksachen über das Betriebsbüro nicht hinauskommen, sondern im »Tischkasten« unerledigt liegen bleiben. Wir möchten zur Entschuldigung der Betriebsführer annehmen, daß sie die Parole Görings »Kampf dem Verderb« allzu ernst genommen haben.

Die Leipziger Tagung hat auch bescheidener Weise unterlassen, auf die neueste sozialpolitische Errungenschaft der Buchdrucker aufmerksam zu machen. Die RGB Druck teilt erst nachträglich mit, daß zur »Ermittlung der Betriebskosten« seit Oktober d. J. Tageszettel zur Einführung gelangt sind, die jeden Arbeitsvorgang festhalten. Diese schikanöse Arbeitskontrolle bezweckt die genaue »Leistungserfassung«. Nach diesem übelsten Antreibersystem soll der »gerechte Lohn« ermittelt werden, daher der Name »Leistungslohn«.

In Leipzig hatte man die Tagung mit einer Ausstellung »Schönheit der Arbeit im graphischen Gewerbe« verbunden. Der »Korre-

spondent« liefert dazu wertvolle Beiträge. So müssen die Arbeiter in einem Betrieb in A, der ein gut gefälltes Direktionszimmer besitzt, täglich 25 Mann stark ihre Kleider »unter einer Stiege« aufeinander hängen und sich unter der Stiege umkleiden. Das Klosett und die Waschgelegenheit teilt der Buchdrucker mit seinen 25 Kameraden — Kameradschaftsgeist verschönt die Arbeit.

Schließlich »randbemerkte« der »Korrespondent« einige Löhne vom März 1936, die, soweit es die Statistik des Dritten Reiches gestattet, zum Vergleich aus der Zeit der »marxistisch-liberalistisch-republikanischen Parteien« anregen.

Gruppe	Jahr	Bruttowochenverdienst
männl. Gehilfen	1936	56.51 RM
	1932	61.10 bis 114.02 RM
männl. techn. Hilfspersonal	1936	42.25 RM
	1932	30.82 ..
weibl. techn. Hilfspersonal	1936	23.86 ..
	1932	27.42 ..

Für das Steindruckgewerbe bewegt sich der Lohnabbau seit Hitlers Machtantritt im gleichen Ausmaß. Die Leipziger Tagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Druck sollte Zeugnis ablegen »für die Möglichkeit, die Notwendigkeit und den Erfolg der kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Betriebsführern und Gefolgschaften«. Sie hat Zeugnis abgelegt für die Erfolgsmöglichkeiten, die der Faschismus den Unternehmern auf Kosten ihrer Arbeiter gewährt.

## Gesundheit — Nebensache

Nach ihrer Machtübernahme haben die Nationalsozialisten im Sozialversicherungswesen viele Verschlechterungen eingeführt. Sie haben im Interesse der Unternehmer die Krankenkassenbeiträge herabgesetzt, noch mehr aber die Leistungen der Krankenkassen an die Versicherten eingeschränkt. Richtlinien an die Krankenkassenärzte wurden erlassen, in denen die bisherigen Merkmale für das Vorliegen einer erwerbsunfähig machenden Erkrankung nicht mehr als ausreichend anerkannt wurden. Darüber hinaus wurden schikanöse Kontrollen eingeführt und Einrichtungen, die zur Wiedergenesung und Erholung erkrankter Mitglieder dienten, wie Kurheime usw., beseitigt.

Dieser weitgehende Abbau der Leistungen wurde für die Nationalsozialisten zum Zwang, da sie ein »Heer von »alten Kämpfern« und sonstigen Pgs in die Krankenkassen unterbrachten und diese Futterkripenreiter mit höheren Gehältern abfanden, als sie vorher die Beamten bezogen hatten. Die Krankenkassen sollten aber auch einen Ueberschuß erbringen, auf den dann die Regierung ihre Hand legen konnte, um ihn zur Finanzierung der Aufrüstung zu verwenden.

Die Wirkungen dieser Leistungseinschränkungen auf den Gesundheitszustand der Versicherten nicht ohne nachteiligen Einfluß blieben. Daß diese ungünstigen Wirkungen eingetreten sind, ergibt sich aus zahlreichen Berichten aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands, aus denen eine hohe Erkrankungsziffer aus den Großbetrieben gemeldet wird. Durch die Knappheit in der Nahrungsvorsorgung wird der Gesundheitszustand breiter Bevölkerungsschichten weiter herabgedrückt.

Wenn darum der Oberregierungsrat Dr. Grünwald vom Reichsarbeitsministerium in der Zeitschrift »Ortskrankenkasse« die Feststellung trifft, daß die Inanspruchnahme der Kassen durch diejenigen, die infolge der Entbehrungen langjähriger Arbeitslosigkeit krankheitsanfälliger waren, zurückgegangen sei, so spricht das keineswegs für eine fortschreitende Besserung der Gesundheitsverhältnisse im deutschen Volke, sondern dafür, daß ein großer Teil der Versicherten auf die Krankmeldung, bezw. auf die Hilfe der Krankenkasse verzichtet, weil ihm diese Hilfe durch unerträgliche Schikanen verweigert oder aber überhaupt verweigert wird.

Eine direkte Heuchelei begeht dieser Oberregierungsrat, wenn er meint, der Gedanke, daß »Vorbeugen besser sei als Heilen und daß entstandene Krankheiten gründlich ausgeheilt werden« müssen, finde von Jahr zu Jahr mehr Eingang. Je mehr sich die Erkenntnis Bahn breche, daß die gefährlichste Krankheit die »Verbrauchskrankheit« sei, um so mehr werde auch das Bedürfnis nach Bewilligung von Kuren steigen, um so mehr werde auch erkannt

werden, daß die Bewilligung von Kuren auch vom Standpunkt der Kasse billiger sei als die Gewährung von Leistungen im Krankheitsfall.

Eine Heuchelei ist diese Aeußerung deswegen, weil die Nationalsozialisten die Kur- und Erholungsheime der Krankenkassen zum größten Teil veräußert oder vernichtet, und zehntausenden kräftigungsbedürftigen Versicherten die ganzen Jahre hindurch einen Kur-aufenthalt unmöglich gemacht haben.

Lange vor den Nationalsozialisten haben die unter sozialdemokratischer Verwaltung stehenden Ortskrankenkassen gerade auf diesem Gebiete Vorbildliches geleistet. Freilich wurden damals die Beiträge zur Finanzierung dieser hervorragenden sozialen Leistungen verwendet. Das Dritte Reich nimmt sie, um damit Kanonen und Granaten zu bezahlen.

## Konjunktur am Verebben?

Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie hat von dem nationalsozialistischen Regime eine besonders liebevolle Aufmerksamkeit erfahren. Das Reich mußte auf eine nicht unbedeutende Einnahmequelle verzichten. Daneben wurden auch andere Maßnahmen, die die Entfaltung der Automobilindustrie angeblich hinderten, aufgehoben.

Tatsächlich hat in den letzten Jahren die Fabrikation von Kraftfahrzeugen eine rasch aufsteigende Entwicklung genommen.

Diese besondere Liebe floß nicht aus volkswirtschaftlichen Interessen, sondern sie wurde ausgelöst von den Bedürfnissen der Kriegsausrüstung und von der Anhänglichkeit des neuen Massenheeres der nationalsozialistischen Bonzen an prunkvolle Wagen. Mit der Parole »Jedem Deutschen ein Auto« sollte der Luxusaufwand auf Kosten des Volkes populär gemacht werden.

Obwohl noch lange nicht jeder Deutsche seinen Wagen hat, liegen doch eine Menge Anzeichen vor, die darauf schließen lassen, daß die Konjunktur der deutschen Automobilindustrie stark zurückgeht. Halten wir uns an die offizielle Statistik über die Neuzulassung von Kraftfahrzeugen. Sie weist für die letzten Monate folgende Zahlen aus:

Mai	54.440 Stück
Juni	50.610 ..
Juli	49.490 ..
August	42.440 ..
September	38.430 ..
Oktober	34.480 ..

Die Abnahme ist in diesem Jahre stärker als in der saisonüblichen Entwicklung der vorhergehenden Jahre. Wenn nicht noch fortgesetzt für den Hoeresbedarf produziert würde, würde sich der Konjunkturabstieg in der deutschen Kraftfahrzeugindustrie noch stärker bemerkbar machen.

## Das Geld fliegt auf die Straße

In Düsseldorf wird gegenwärtig an der großen Reichsausstellung für 1937 »Schaffendes Volk« gearbeitet. Ein Dr. G. Dietz berichtet darüber in der deutschen Presse:

»Von dem äußeren Umfang dieser Düsseldorf Ausstellung mögen ein paar trockene Zahlen einen Begriff geben. Das Gesamtgelände beträgt 750.000 Quadratmeter. (Die Geselei 1926 umfaßte nur 350.000 Quadratmeter!) Die Rheinfront allein ist 1,5 Kilometer lang, 3,75 Kilometer Straßen wurden angelegt, an denen Tausende von Volksgenossen monatelang gearbeitet haben. Die Gartenanlage, die als Daueranlage erhalten bleibt und auch später ein wesentlicher Anziehungspunkt Düsseldorfs sein wird, beträgt 280.000 Quadratmeter, der Hauptfestplatz ist 28.000 Quadratmeter groß! ... Hunderte von großen Bäumen wurden gepflanzt, 1100 Laubbäume, 448 Pyramidenpappeln, 750 Hainbuchen, 15.000 Blüten- und Laubsträucher, 100.000 kleine Sträucher. Da, wo bis vor einem halben Jahr noch Wüsten war, wird man bald eine Gartenanlage bewundern, die in Deutschland nicht ihresgleichen hat. 250.000 Tulpen werden im Frühjahr ihre leuchtenden Tulpen in die Weite der niederheinischen Landschaft tupfen. Wasserkünste in zauberhafter Beleuchtung werden die Nacht phantastisch erhellen, und eine dreieinhalb Meter hohe Leuchtfantäne wird zischend in den Himmel schießen.«

Überschrieben ist diese Hymne: »Eine Ausstellung wächst aus der Erde.« Sie wächst nicht aus der Erde. Herr Schacht weiß, woher so etwas wächst. Manchmal wächst es ihm sogar zum Halse heraus.

## Der neue Partikularismus

Vom Geschäftssinn der Ley-Bonzen.

In den »Schlesischen Monatsheften« — »Blättern für nationalsozialistische Kultur des deutschen Südostens«, wohlgerichtet — jammert ein brauner Irgendjemand, wie folgt:

»Die verständnisvolle kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Gaudienststelle Schlesien, der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« und dem Landesfremdenverband Schlesien und die im Verfolg dieses Zusammenwirkens durchgeführten Werkmaßnahmen sind die Gründe des bisherigen Erfolges. Schlesien hat als ausgesprochenes Reiseland wohl auch berechtigten Anspruch darauf, eine aktive, zum mindesten eine ausgeglichene KdF-Reisebilanz zu haben, das heißt: nicht mehr Züge an andere Gaue abzugeben, als von Schlesien aufgenommen werden.«

Es tut sich was in der hitlerdeutschen »Volksgemeinschaft« und im endlich verwirklichten »Einheitsreich«! Verdienen wollen sie an Ley's gigantischem Reisebüro alle miteinander, vom Gaudienststellenleiter bis zum letzten Budiker. Aber die paar Kröten der Proleten — auch noch aus der Provinz hinauslockern lassen — nicht in de la ming! Das geht nicht ab ohne förmliche Meistbegünstigungsklauseln ...

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bezw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Guild 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.25 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Warschau 194.797, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.905. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.